

aus
politik
und
zeit
geschichte

beilage
zur
wochen
zeitung
das parlament

Dietmar Rothermund
Gandhi als Phänomen
der indischen Politik

Theodor Ebert
Gandhis Theorie
der gewaltfreien Aktion

B 24/69
14. Juni 1969

Prof. Dr. Dietmar Rothermund, geb. 1933, 1953—1956 Studium der Geschichte und der Philosophie an den Universitäten Marburg und München, 1956—1959 Studium der amerikanischen Geschichte an der University of Pennsylvania, Philadelphia, 1959 Promotion, 1960—1962 Forschungsaufenthalt in Indien als Stipendiat der Deutschen Forschungsgemeinschaft, 1963—1967 Wissenschaftlicher Assistent am Südasieninstitut der Universität Heidelberg, 1967 Habilitation, seit 1968 Lehrstuhl für Geschichte Südasiens an der Universität Heidelberg.

Veröffentlichungen: Die politische Willensbildung in Indien, 1900—1960, Wiesbaden 1965; Indien und die Sowjetunion, Tübingen 1968.

Theodor Ebert, Dr. phil., geb. 1937 in Stuttgart; Studium der politischen Wissenschaft, Geschichte und Germanistik an den Universitäten Tübingen, München, London und Paris, 1965 Promotion mit „Gewaltfreier Aufstand. Alternative zum Bürgerkrieg“, Freiburg 1967; z. Z. Wissenschaftlicher Assistent am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin; Mitglied des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft für Frieden und Konfliktforschung e. V.

Veröffentlichungen: Macht von unten. Bürgerrechtsbewegung, außerparlamentarische Opposition und Kirchenreform, hrsg. zusammen mit Hans-Jürgen Benedict, Hamburg 1968; mehrere Beiträge zu Adam Robertz, ed., The Strategy of Civilian Defence. Nonviolent Resistance to Aggression, London 1967; Civilian Defence. Gewaltloser Widerstand als Form der Wehrpolitik, hrsg. v. d. Vereinigung Deutscher Wissenschaftler, Gütersloh 1969.

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, 53 Bonn/Rhein, Berliner Freiheit 7.

Redaktion: Dr. Enno Bartels

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, 2 Hamburg 36, Gänsemarkt 21/23, Tel. 34 12 51, nimmt entgegen:

Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;

Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preise von DM 9,— vierteljährlich (einschließlich DM 0,47 Mehrwertsteuer) bei Postzustellung;

Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 5,29 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Gandhi als Phänomen der indischen Politik

I. Die indische Politik vor dem Aufstieg Gandhis

Der Indische Nationalkongreß, der später unter Gandhis Führung zu einer mächtigen Organisation werden sollte, war in seiner Anfangszeit nur eine jährliche Versammlung westlich gebildeter indischer Honoratioren, die sich damit begnügten, wohlformulierte Resolutionen zu verabschieden. Es ging diesen Vertretern der Bildungsschicht zunächst nur um Verfassungsreformen im Rahmen des britisch-indischen Reiches. Aber es meldeten sich auch schon Stimmen, die kompromißlos ein Ende der Fremdherrschaft forderten und zur Rückbesinnung auf die indische Kultur aufriefen. Gandhis Zeitgenossen Aurobindo und Vivekananda, die in weit jüngeren Jahren politische Bedeutung errangen als er, verbanden die Forderung nach politischer Freiheit mit der Botschaft der religiösen Erneuerung und fanden eine Gefolgschaft unter den zornigen jungen Männern der Bildungsschicht, denen die Kolonialherren den Aufstieg verwehrten. Diese junge Generation hielt die alte Garde des 1885 gegründeten Nationalkongresses für allzu zahm und hatte kein Verständnis für die zähen Bemühungen um einen langsamen Fortschritt im engen Rahmen der britisch-indischen Verfassungsstruktur. Die Bindung an diese Verfassungsstruktur schien die Fessel der Fremdherrschaft eher zu stärken als zu sprengen, und nur der unbedingte Wille zur Freiheit konnte zum Ziel führen. Mit dem Willen allein aber war es nicht getan, es mußte ein Aktionsprogramm gefunden werden. Da es den jungen Revolutionären an einer Verbindung zu den indischen Massen fehlte, glitten sie schließlich in den Terrorismus ab. 1907 spaltete sich der Nationalkongreß in einen gemäßigten und einen extremistischen Flügel. Die Gemäßigten behielten die Kongreßorganisation in den Händen, die Extremisten begaben sich in die politische Wüste, aus der nur wenige von ihnen später den Weg zurück fanden.

Gandhis Manifest „Hind Swaraj“

Gandhi beobachtete diese Entwicklung aus dem fernen Südafrika und nahm in seinem politischen Manifest „Hind Swaraj“, das er 1909 ver-

öffentlichte, zu den Fragen, die Indien damals bewegten, Stellung. Er zählte sich weder zu den Gemäßigten noch zu den Extremisten, sondern wollte beiden zugleich dienen. Mit den Gemäßigten teilte er die Ansicht, daß die politische Entwicklung Indiens Schritt für Schritt erfolgen müsse und daß es falsch sei, das bereits Erworbene zu verwerfen, die Extremisten aber übertraf er noch in seiner scharfen Kritik an der kulturellen Überfremdung Indiens und an allen Erscheinungen der west-

Theodor Ebert:

Gandhis Theorie der gewaltfreien

Aktion S. 14

lichen Zivilisation. Genau wie die Extremisten betonte er, daß die Fremdherrschaft nur durch die Kollaboration der Inder fortbestehe, aber er empfahl nicht eine terroristische Sprengung dieser Kollaboration, sondern eine sich bis zur Verweigerung der einfachsten Dienstleistungen erstreckende Nichtzusammenarbeit jedes einzelnen Inders mit den Kolonialherren. Seine an Sektiererei grenzende Zivilisationskritik, mit der er auch Eisenbahnen und moderne Medizin ablehnte, seine der Form nach mäßige, aber in ihrem Inhalt sehr radikale Botschaft und die Tatsache, daß er in Südafrika dem politischen Leben Indiens fernstand, erschwerten es seinen Zeitgenossen, ihn in das Spektrum der indischen Politik einzuordnen, und er blieb lange Zeit nur eine geachtete Randfigur. Seine Verdienste wurden betont, wenn man Resolutionen über die Inder in Südafrika faßte, im übrigen aber mißtraute ihm die gemäßigte Führungsgruppe des Nationalkongresses und hielt ihn für einen verkappten Extremisten. Allein mit dem jüngsten der gemäßigten Kongreßführer, Gopal Krishna Gokhale, der selbst nur sechs Jahre älter war als Gandhi, verband ihn ein echtes Vertrauensverhältnis. Doch Gokhale starb 1915, als Gandhi aus Südafrika zurückkehrte, und

konnte ihn nicht mehr in das politische Leben Indiens einführen. So war Gandhi gezwungen, ohne einen Mentor die politische Bühne zu betreten, auf der er sich in den kommenden Jahren durch aufsehenerregende Leistungen am Rande des politischen Prozesses bemerkbar machte.

Die Wirkung des Ersten Weltkrieges

Die Jahre des Ersten Weltkrieges bedeuteten einen einschneidenden Wandel des indischen politischen Lebens. Großbritannien brauchte indisches Geld und indische Soldaten, und die indischen Nationalisten erwarteten eine Anerkennung dieser Leistungen. Zugleich wandten sich die indischen Mohammedaner, die bisher zumeist abseits gestanden hatten, dem Nationalismus zu, da die Briten Kriegsgegner des türkischen Kalifen geworden waren und sich damit bei den Mohammedanern verhaßt machten. Der Nationalkongreß und die Moslem-Liga schlossen 1916 einen Pakt, der die Stellung der Mohammedaner im Rahmen der zu erwartenden Verfassungsreformen sicherte. Eine Erklärung des britischen Kriegskabinetts vom August 1917 versprach den Indern verantwortliche Regierungsbeteiligung nach Kriegsende. Die Weichen für die künftige politische Entwicklung waren gestellt, zugleich zeichneten sich aber schon neue Spannungen und Konflikte ab. Der Pakt zwischen Kongreß und Liga betraf die Verteilung von Sitzen in den gesetzgebenden Gremien, eine verantwortliche Regierungsbeteiligung mußte aber ganz andere Probleme mit sich bringen, vor allem, wenn die separaten Wählerschaften für Mohammedaner beibehalten wurden, die mit einer parlamentarischen Regierungsverantwortung nach englischem Muster unvereinbar waren. Da diese Fragen während des Krieges noch nicht diskutiert zu werden brauchten, war die Enttäuschung später um so größer. Ent-

täuscht waren nach Kriegsende auch die indischen Wirtschaftskreise, die während des Krieges selbst im beschränkten Rahmen des kolonialen Regimes als Kriegsgewinnler gute Geschäfte gemacht hatten und durch die Nachkriegsflaute und britische Währungsmanipulationen hart getroffen wurden. Die demobilisierten indischen Soldaten, die vom Fronteinsatz zurückkamen und sich wieder in den indischen Alltag einfügen mußten, bildeten ein weiteres Element potentieller Unruhe. Die britisch-indische Regierung war sich dieser Probleme durchaus bewußt und ersetzte nach Kriegsende die Ausnahme Gesetze, die es erlaubten, im Kriege mit Aufrührern kurzen Prozeß zu machen, durch ähnlich drakonische Gesetze für die Friedenszeit. Das wurde von den indischen Nationalisten als Mißtrauensvotum und krasser Undank empfunden. Die Entrüstung über diese Gesetze verband sich mit der Enttäuschung über die angekündigten Verfassungsreformen, und es kam zu Unruhen und Demonstrationen.

In Amritsar im Pandschab verloren die Kolonialherren die Nerven, und ein britischer General ließ auf eine unbewaffnete Menge das Feuer eröffnen. Mehrere hundert Menschen kamen um. Die Nachricht von dem Massaker löste in ganz Indien Empörung aus. In dieser kritischen Situation trat Gandhi in den Vordergrund. Er war es, der im Auftrag des Nationalkongresses den Bericht über die Vorfälle im Pandschab verfaßte und der zugleich den Demonstrationen eine neue Form gab. Hatte er noch auf dem Kongreß von 1919 eine mäßige Rolle gespielt, so wurde er nun binnen Jahresfrist zum radikalsten Gegner der britischen Kolonialherren. Seine große Stunde kam, als der Nationalkongreß sein Programm der Nichtzusammenarbeit annahm. Von diesem Zeitpunkt an prägte er den Nationalkongreß und verwandelte ihn in ein Instrument der nationalen Agitation.

II. Die Persönlichkeitsstruktur des Führers einer Minderheit

Wer ist dieser Gandhi und was will er eigentlich? — das mochten sich manche indische Nationalisten zu dieser Zeit fragen. Viele von ihnen waren durchaus nicht von Gandhis Programm überzeugt und nahmen es nur widerwillig an, weil sie keine besseren Vorschläge machen konnten. Sie wurden überwältigt von der Unbedingtheit und Sicherheit, mit der

Gandhi seine Forderungen vortrug. Zuerst stand er mit seinen Ansichten allein, dann gewann er den ganzen Nationalkongreß für sein Programm. Wie konnte er es fertig bringen, gegen den Strom zu schwimmen und schließlich den ganzen Strom in seine Richtung zu lenken? Das Geheimnis seines Erfolges lag in der Autonomie seines Gewissens. Er ließ sich

nicht von den Vorurteilen, Befürchtungen und Illusionen anderer beeinflussen, sondern rang mit sich selbst, und wenn er sich entschlossen hatte, war er bereit, die Konsequenzen des Entschlusses unbeirrt zu verfolgen. Diese Autonomie des Gewissens war ihm nicht zugefallen, sondern er hatte sie sich erkämpft. Seine Autobiographie, der er bezeichnenderweise den Untertitel „Meine Experimente mit der Wahrheit“ gab, ist ein Bericht von diesen Kämpfen. Es wird daher dort den intimsten und persönlichsten Erlebnissen das gleiche Gewicht beigemessen wie den wichtigsten politischen Entscheidungen, weil sie in gleicher Weise die Entwicklung des Gewissens als Instrument betreffen. Die „Experimente mit der Wahrheit“ sind nicht als unverbindliches Spiel zu verstehen, sondern als Wagnis.

Herausforderung und Widerstand in Südafrika

Von entscheidender Bedeutung für Gandhis Gewissensbildung war die Tatsache, daß er vom 23. bis zum 46. Jahr seines Lebens auf sich selbst gestellt in Südafrika arbeitete und dort gegen seinen eigenen Willen zum Führer der indischen Minderheit wurde. Er war als eigenwilliges und schüchternes Kind eines Ministers an einem kleinen Fürstenhof in Gujarat aufgewachsen. Seine Familie gehörte der Händlerkaste an. Seine Mutter war sehr fromm, und von ihr übernahm er jene Mischung von volkstümlichem Vishnuismus und Jainismus seiner Heimat, die ihn in seinem ganzen Leben prägte und ihm einen unmittelbaren Zugang zur religiösen Grundstimmung weiter Kreise des indischen Volkes gab. Seine Ausbildung als Rechtsanwalt in London führte nicht zur oberflächlichen Verwestlichung, sondern stärkte in ihm die Neigung zur Rechtlichkeit, Pünktlichkeit und Sorgfalt, die sein Arbeitsethos auch dann noch bestimmte, als er später als Agitator gegen die britische Fremdherrschaft auftrat und sich die Härte seines Angriffs eher in der Präzision seines Vorgehens als im Überschwang nationalistischen Eifers erwies. Im übrigen stärkten die Londoner Jahre jedoch seinen Hang zum Außenseitertum. Die Kulturkritik der Zivilisationsmüden und die Gesinnungsgemeinschaft der überzeugten Vegetarier zogen ihn an. Als Fremdling, dem das „Establishment“ ohnehin verschlossen blieb, fand er bei den Dissidenten offene Türen und Kameradschaft. Nach Hause zurückgekehrt, fand er sich wiederum am Rande der Ereignisse. Seine Schüchternheit stand dem beruflichen Erfolg als Rechtsanwalt

im Wege, und er nahm daher dankbar das Angebot eines mohammedanischen Geschäftsmannes an, ihn als Anwalt seiner Firma nach Südafrika zu entsenden.

Dort aber nahm sein Schicksal eine überraschende Wendung. Der Außenseiter wurde durch die Gunst der Umstände in den Mittelpunkt der Ereignisse gerückt. Als in London ausgebildeter Rechtsanwalt war Gandhi unter der indischen Minderheit Südafrikas, die aus Kaufleuten und Plantagenarbeitern bestand, ob er es wollte oder nicht, der einzige Führer. Er hatte bald eine sehr gute Praxis, und da sein Gewissen ihn dazu zwang, Stellung zu nehmen, wenn seinen Landsleuten Unrecht widerfuhr, mußte er seine Schüchternheit besiegen und sich zu ihrem Sprecher machen. Ein anderer wäre hier vielleicht gescheitert, aber gerade der Außenseiter Gandhi hatte die innere Kraft, die durch die außerordentlichen Umstände freigesetzt wurde und die es ihm ermöglichte, in einem politischen Vakuum die Ansätze zu einer politischen Willensbildung zu schaffen. In dieser Situation blieb es weitgehend seiner eigenen Gestaltungskraft überlassen, dem politischen Leben der indischen Minderheit Form und Inhalt zu geben. Persönliche Erlebnisse rassistischer Erniedrigung stählten seinen Willen zum zähen Widerstand. Es gelang ihm, diesen Willen zum Widerstand auf weite Kreise der indischen Minderheit zu übertragen und eine Methode zu finden, mit der sich diesem Willen Ausdruck geben ließ. Diese Methode wurde zunächst als „passiver Widerstand“ bezeichnet; Gandhi prägte aber bald den positiven Ausdruck „Satyagraha“ (Festhalten an der Wahrheit). Der von ihm organisierte Widerstand war nämlich alles andere als passiv, denn er bestand aus der wohlorganisierten Übertretung rassistisch diskriminierender Gesetze. Das „Festhalten an der Wahrheit“ bestand darin, das ungerechte Gesetz nach vorheriger Ankündigung demonstrativ zu übertreten und dann, ohne sich zu verteidigen, die dafür angesetzte Strafe auf sich zu nehmen. Es gelang Gandhi, Tausende seiner Landsleute in Südafrika in dieser Methode zu schulen und zur Mitarbeit zu veranlassen.

Der Rückzug aus der bürgerlichen Gesellschaft

Der politische Kampf um die Rechte der indischen Minderheit führte Gandhi auch zu einem Wandel seines Lebensstils. Er zog sich aus dem bürgerlichen Leben des erfolgreichen Rechtsanwalts zurück und errichtete mit seiner Fa-

milie und einigen seiner Anhänger die Phoenix-Siedlung und die Tolstoi-Farm. Dort sollte jeder mit seiner eigenen Hände Arbeit sein Brot verdienen. Für Gandhi wurde diese Lebensgemeinschaft zum Mikrokosmos der Gesellschaft und zum ethischen Laboratorium, in dem er seine Ordnungsvorstellungen zu verwirklichen suchte. Auch legte er ein Gelübde der Keuschheit ab, um alle seine Kräfte auf seine politische Aufgabe konzentrieren zu können. Er folgte damit der alten indischen Vorstellung, daß die Keuschheit dem, der sie wahrhaft, geradezu magische Kräfte verleiht und ihn zu höchsten Leistungen befähigt. Die asketische Abwendung vom bürgerlichen Leben gab ihm eine große Freiheit von den Bindungen dieses Lebens. Er war nicht mehr auf die

Gunst seiner Umgebung angewiesen, sondern gestaltete diese Umgebung selbst.

Gandhis Rolle als Führer einer Minderheit und sein Rückzug aus dem bürgerlichen Leben waren eng miteinander verbunden, denn die Umgebung, von der er sich befreite, war durch die herrschende Rasse geprägt. Die Selbständigkeit, die er sich erkämpfte, gab ihm zugleich die Kraft, der Minderheit Mut einzuflößen, sich dem Druck der herrschenden Rasse zu widersetzen. Dieser Druck wiederum gab Gandhis Entscheidungen und den Aktionen der Minderheit erst ihren eigentlichen Sinn und Zusammenhang. Als Gandhi nach Indien zurückkehrte, lag es nahe, daß er die in vielen Jahren erprobten Formen des politischen Kampfes übertragen wollte.

III. Politische Strategie und Lebensform

Gandhi galt vielen seiner Landsleute als heiliger Mann, andere achteten ihn nur als politischen Führer. Für Gandhi selbst waren persönliches Heilstreben und politischer Auftrag untrennbar verbunden, und er hatte in seinen südafrikanischen Jahren eine Form des politischen Handelns gefunden, die für ihn zugleich zur Lebensform wurde. Individuelle Selbstbeherrschung und politische Freiheit standen für ihn im engsten Zusammenhang. Nur durch die Selbstbeherrschung der einzelnen Menschen konnte die Freiheit aller gewonnen und erhalten werden. In diesem Sinne legte Gandhi auch das indische Wort für Unabhängigkeit, „Swaraj“ (wörtlich: Selbstherrschaft), aus und erklärte, daß nur die Herrschaft über das Selbst zur Selbstherrschaft führen könne. In dem ethischen Kosmos, den er sich vorstellte, bedeutete die Tat jedes einzelnen entweder einen Fortschritt oder einen Rückschritt für die Menschheit insgesamt. Soziallehren, die auf die Notwendigkeit des staatlichen Zwanges im Kampf aller gegen alle hinwiesen, waren für Gandhi unwahr, und westliche Beobachter haben ihn daher gern einen philosophischen Anarchisten genannt. Er war aber von der Einheit allen Lebens überzeugt und glaubte daher an einen tieferen Zusammenhang allen individuellen Strebens. Die soziale Ordnung war deshalb für ihn im rechten Selbstverständnis jedes einzelnen Menschen gegeben. Es ging ihm darum, dieses Selbstverständnis zu läutern und zu klären, statt das Individuum durch äußeren Zwang in die Schranken zu weisen. Seine Bemühun-

gen um die Disziplin in den Ashrams, den Städten gemeinsamen Lebens, die er sich auch in Indien mit seinen Gefolgsleuten errichtete, und seine Korrespondenz mit unzähligen Freunden und Gegnern zeugten immer wieder von seinem Streben, jeden einzelnen für sich zu gewinnen, indem er die individuellen Sorgen und Nöte ernst nahm. In seinen politischen Kampagnen zielte er daher immer auf einen Gesinnungswechsel von Freund und Feind ab. Dazu gehörte es, daß er seine Ziele vorher klar verkündete. Der politische Einsatz seiner Gefolgschaft vollzog sich immer im Sinne einer öffentlichen Verpflichtung und nie auf dem Wege geheimer Umtriebe. Im Gegensatz zu den Terroristen, die im individuellen, aber geheimen Einsatz arbeiteten, regte er Massenbewegungen an, bei denen es auf den Mut des einzelnen zum Bekenntnis ankam. Dieses Bekenntnis wurde noch durch den Wandel der Lebensform unterstrichen. Gandhis Anhänger legten die westliche Kleidung ab und kleideten sich in rauhes, indisches handgewebtes Tuch. Sie schlossen sich auch Gandhis Forderung an, daß jeder sich am Handspinnen beteiligen solle.

Das Handspinnen und die agitatorische Disziplin

Das Handspinnen war eine ideale Methode der Verbindung von Strategie und Lebensform. Es entsprach Gandhis Vorstellung — die er schon in Südafrika zu verwirklichen suchte —, daß jeder sich mit seiner eigenen Hände Arbeit

sein Brot verdienen sollte. Es gab außerdem Gandhis Bemühen um die Überwindung der Arbeitslosigkeit im indischen Dorf einen konkreten Ausdruck und dem Boykott britischer Textilien einen positiven Inhalt. Später ist es oft von Gandhis Anhängern zum Fetisch gemacht worden, ohne daß diese beachteten, in welcher Situation Gandhi die Losung vom Handspinnen ausgab. Jede andere Tätigkeit, die sowohl konkreten als auch symbolischen Wert hatte, wäre ihm ebenso lieb gewesen, nur verband das Handspinnen zu dieser Zeit diese Tätigkeitsmerkmale am besten. Unter Gandhis Führung spannen alle Mitglieder des Nationalkongresses, und es wurde sogar festgelegt, daß der Mitgliedsbeitrag in Form einer bestimmten Länge selbstgesponnenen Garns zu entrichten war. Gandhi war aber nicht nur an dem Demonstrationseffekt des Handspinnens interessiert, sondern glaubte auch an die heilsame Wirkung dieser Arbeit auf die Disziplin und Selbstbeherrschung der Kongreßmitglieder. Seine Forderung, daß nur bewährte Handspinner sich an bestimmten politischen Aktionen beteiligen dürften, wurde von vielen seiner Kollegen als lächerlich empfunden. Er wollte damit aber durchaus nicht das Handspinnen mystifizieren, sondern die Disziplin und Selbstbeherrschung betonen, die sich bei einem Kongreßmitglied am besten an seiner Leistung beim Handspinnen ablesen ließ. Auf diese Weise verbanden sich Lebensform und politische Einsatzbereitschaft immer wieder in Gandhis Denken.

Die Resonanz der symbolischen Handlung

Seine politische Strategie bestand im wesentlichen darin, allgemeine Konflikte in einem konkreten Punkt zu erfassen und dann ein Aktionsprogramm zu finden, das sowohl den konkreten Punkt traf, als auch die allgemeine Konfliktsituation deutlich machte. Dabei war er zumeist auf symbolische Handlungen angewiesen, die sich dann am besten kontrollieren ließen, wenn er sie allein vollbrachte. In diesem Alleingang verschmolzen Lebensform und Strategie am vollkommensten. Aber um einen solchen Alleingang überhaupt sinnvoll zu machen, mußte er in einem größeren Zusammenhang stehen. Die Resonanz der symbolischen Handlung im Volk ergab sich nur, wenn der richtige Ton getroffen wurde. Der politischen Phantasie Gandhis gelang es immer wieder, sich richtig einzustimmen. Er war daher für den indischen Nationalkongreß geradezu unentbehrlich, da kein anderer Führer dieser

Bewegung das Maß an politischer Gestaltungskraft besaß, durch das sich Gandhi auszeichnete.

Die Einstimmung auf das indische Volk vollzog sich bei Gandhi nach und nach und war durchaus nicht sorgfältig erdacht und geplant. Dem religiösen Gedankengut breiter Schichten des indischen Volkes stand er als frommer Vaishnava seit seiner Kindheit nahe, und volkstümliche Gleichnisse aus dieser Vorstellungswelt kamen ihm daher ganz natürlich auf die Lippen, wenn er seine politischen Anschauungen erklären wollte. Die Angleichung seines äußeren Erscheinungsbildes an die Gestalten der wandernden Büsser und religiösen Lehrer, die in Indien von Dorf zu Dorf ziehen, half ihm ebenfalls bei der Verkündung seiner Lehren. Doch hatte er diese Angleichung nicht bewußt betrieben, sondern sie war aus einem Entschluß hervorgegangen, der in einem ganz anderen Zusammenhang stand. Als nämlich deutlich wurde, daß das handgesponnene und handgewebte Tuch, das die Kongreßmitglieder herstellten, nicht dazu ausreichen würde, um alle, die sich darin kleiden wollten, zu versorgen, beschloß Gandhi, seinen eigenen Bedarf so weit wie möglich zu reduzieren. Mit dem nur bis zum Knie reichenden Lendentuch, das ihm nun verblieb, sah er aus wie die Ärmsten der Armen, mit denen er sich auf diese Weise identifizierte.

Die Bedeutung des Fastens

Die asketische Entsagung wird in ganz Indien als ein Wert verstanden, obwohl oder gerade weil nur wenige sie wirklich vollziehen können. Der Anblick der Entsagenden rührt alle die, die in ihrer eigenen Lebensform das Gegenteil verkörpern. So wird die Entsagung als beispielhaft, wenn auch zumeist als unnachahmlich empfunden. In diesem Sinne bewunderten Gandhis Anhänger seine Lebensform, selbst wenn kaum einer es ihm gleichtat. Die härteste Form der Entsagung war das lange Fasten, dem Gandhi sich immer wieder unterzog, wenn es ihm darum ging, moralischen Druck auf Freund oder Feind auszuüben. Das Fasten ist im religiösen Leben Indiens von großer Bedeutung, da es zur Einkehr und zur Reinigung führt. Selbst im täglichen Leben der indischen Familie werden oft zu bestimmten Zeiten oder aufgrund besonderer Gelübde Fastentage eingelegt. Wie jede Enthaltensamkeit, so soll auch das Fasten geistige Energien freisetzen. Gandhi fastete oft lediglich zu diesem

Zweck der Läuterung, doch konnte er zugleich fastend sein Leben aufs Spiel setzen und damit mit der einzigen Art des Selbstmordes drohen, die in Indien nicht als solcher betrachtet und daher akzeptiert wird, während Selbstmord sonst nur zu einer noch schlechteren Wiedergeburt führt und daher nicht nur sündhaft, sondern auch töricht ist. Die Drohung mit der Auslöschung seines Lebens wurde damit zum Brennpunkt von Gandhis Lebensform und Strategie. Indem er die politische Strategie so an-

legte, daß letztlich alles auf ihn ankam, und dann seine Gegner herausforderte, ihm das Leben zu retten oder seinen Tod zu verantworten, machte er sich zum Herrn der Lage.

Gandhis unvergleichliche Wirkung läßt sich aber durch diesen Einklang von Strategie und Lebensform nur zum Teil erklären. Diese Wirkung konnte erst auf dem Hintergrund eines großen Organisationstalents entstehen, mit dem Gandhi sich die Instrumente schuf, die seinen Einsatz unterstützten.

IV. Der große Organisator

Im Unterschied zu den früheren indischen Nationalisten, die eine Honoratiorenpolitik im kleinen Kreise betrieben oder als Terroristen zur Waffe griffen, war Gandhi ein agitatorisches Finanzgenie und ein Parteiführer ersten Ranges, der den Nationalkongreß völlig umformte. Selbst bis aufs äußerste bedürfnislos, war er hart und unerbittlich, wenn es darum ging, Geld für den Freiheitskampf zu sammeln. Es fehlte ihm nie an reichen Freunden, die Schecks in jeder Höhe ausschrieben, aber er scheute sich auch nicht, persönlich die kleinsten Spenden einzutreiben. Er machte keinen Hehl daraus, daß er ein Bania, ein Mann der Händlerkaste war, der den Wert des Geldes wohl zu schätzen wußte. Seine Kastengenossen in ganz Indien vertrauten ihm und waren gern bereit, seine politischen Kampagnen großzügig zu finanzieren. Die Erfahrung der Nachkriegszeit hatte sie gelehrt, daß eine Investition in den Nationalismus notwendig war. Gandhi zeigte ihnen den Weg.

Seine Fähigkeit, eine gezielte politische Aktion zu organisieren, machte sich in Indien bereits im Jahre 1917 bemerkbar, als er, kaum aus Südafrika zurückgekehrt, die Verteidigung der Pächter des Bezirkes Champaran in Bihar gegen die britischen Indigopflanzer übernahm. Mit großem persönlichen Mut widersetzte er sich den Drohungen der Obrigkeit und der Pflanzer und sammelte in unermüdlichem Einsatz Tausende von Zeugenaussagen, die ein klares Bild von der Ausbeutung der Pächter durch die Pflanzer gaben. Er faßte diese Aussagen zu einem Bericht zusammen, der die Regierung dazu zwang, die Mißstände zu beseitigen. So konnte er seinen ersten politischen Erfolg in Indien verzeichnen. Nach dem bereits erwähnten Blutbad in Amritsar im Jahre 1919 und dem dann von der Regierung in der Provinz Pandschab errichteten Terrorregime war

es wieder Gandhi, der im Auftrag des Nationalkongresses aufgrund von Zeugenaussagen einen sorgfältig abgewogenen Bericht verfaßte, der gerade durch seinen sachlichen Ton wirkte und von dem bald darauf erscheinenden Regierungsbericht abstach, in dem der Versuch gemacht wurde, die Ereignisse im Pandschab zu bagatellisieren.

Die Verfassung des Nationalkongresses

Mit eben diesem Blick für das Wesentliche und mit derselben Sorgfalt nahm Gandhi sich der Kongreßverfassung an, als er die Aufgabe hatte, den Nationalkongreß für die agitatorischen Aufgaben umzuformen, die dieser Institution unter seiner Führerschaft erwachsen. Bisher hatte der Nationalkongreß außer seiner jährlichen Vollversammlung nur noch einen inneren Kreis der Delegiertenkonferenz des All-India Congress Committee, dazu den Präsidenten des Jahres und die Sekretäre. Diese Verfassung war auf die Honoratiorenpolitik abgestellt, die der Kongreß bisher betrieben hatte. In der neuen Verfassung, die Gandhi 1920 für den Kongreß entwarf, wurde zusätzlich ein ständiger Arbeitsausschuß geschaffen, gewissermaßen das Kabinett des Kongreßpräsidenten. Dieser Ausschuß bestand nur aus wenigen Mitgliedern und wurde der Form nach vom Kongreßpräsidenten ernannt. In der Tat wurde dieser Ausschuß bald zu einem Politbüro und zu einem Agitationskommando, das — ständig von Gandhi beraten — alle wichtigen Entschlüsse traf und letztlich auch darüber entschied, wer jeweils Kongreßpräsident wurde, so daß die Ernennung des Ausschusses praktisch zur Selbstbestätigung der Führungsgruppe wurde. Zugleich legte Gandhi fest, daß eine große Mehrheit der Kon-

greßdelegierten aus ländlichen Bezirken kommen mußte. Damit brach er das Monopol der städtischen Delegierten, die bisher im Kongreß den Ton angegeben hatten. Um dieser Forderung Nachdruck zu verleihen, betonte er auch die Wichtigkeit der regionalen indischen Sprachen, die im Kongreß berücksichtigt werden müßten, wenn er sich nicht auf den Kreis der westlich gebildeten Inder beschränken wollte. Er gliederte in diesem Sinne die Provinzialkomitees des Nationalkongresses neu auf, indem er sie in Sprachprovinzen unterteilte und von der bisherigen Einteilung nach britischen Verwaltungseinheiten abging. Ferner sorgte er dafür, daß eine Aufschlüsselung der Delegierten nach dem Bevölkerungsanteil der verschiedenen Provinzen erfolgte. Auf diese Weise wurden die volkreichen Provinzen, die erst durch Gandhi dem politischen Leben zugeführt worden waren, stärker in den Vordergrund gerückt, während die wenigen Provinzen, die bisher die indische Politik beherrscht hatten, in den Hintergrund traten. Für den Jahreskongreß wurde vorgesehen, daß eine kleinere Konferenz von höchstens 350 Delegierten, ebenfalls nach Bevölkerungsanteil aufgeschlüsselt, vor dem Kongreß als Tagesordnungsausschuß zusammentrat. In diesem Gremium wurden bereits alle wesentlichen Fragen entschieden, und der eigentliche Kongreß konnte dann als demonstrative Massenveranstaltung über die Bühne gehen. Gandhi hatte nicht nur die Absicht, auf diese Weise den Kongreß den neuen agitatorischen Aufgaben anzupassen, sondern er hoffte auch, ihn auf diese Weise zu einem echten Konkurrenten der im Rahmen der britisch-indischen Verfassungsreform erweiterten parlamentarischen Institutionen werden zu lassen, die die Nationalisten zunächst boykottierten. Er sah in der Kongreßverfassung nicht nur ein Parteistatut, sondern ein Modell für die künftige Verfassung des indischen Staates. In diesem Sinne

behauptete er sogar, daß ein gutes Funktionieren der Kongreßverfassung schon die Erreichung der Unabhängigkeit garantiere. Als Gandhi im Jahre 1934 nochmals eine neue Kongreßverfassung entwarf, straffte er die Organisation noch mehr. Die mehrmals jährlich tagende Delegiertenkonferenz, das All-India Congress Committee, wurde auf 166 Mitglieder reduziert. Der Anteil ländlicher Abgeordneter an der Gesamtzahl der Delegierten wurde auf 75 % festgelegt, so daß die städtischen Politiker noch weit mehr als bisher in den Hintergrund gedrängt wurden. Der Arbeitsausschuß wurde ausdrücklich dazu ermächtigt, Provinzialkomitees aufzulösen und neue zu bilden, wo dies nötig wurde. Dieser durchgreifende Zentralismus war einerseits gegen oppositionelle Strömungen im Kongreß selbst gerichtet und diente andererseits dazu, die zentrale Stellung der Kongreßführung zu sichern, die sich einer britisch-indischen Verfassungsreform gegenüber sah, die sich auf die provinzielle Autonomie beschränkte und die Führung der Zentralregierung fest in britischen Händen ließ.

In diesen Jahren wurde Gandhis Ashram *) im Dorf Sevagram bei Wardha zur inoffiziellen Hauptstadt Indiens, in der sich die Kongreßpolitiker aller Provinzen trafen, um sich Rat und Weisungen zu holen. Ein ständiger Strom der Korrespondenz aus allen Landesteilen unterrichtete Gandhi über alle wichtigen Einzelheiten. Er selbst war der unermüdlichste Korrespondent und hielt jeden Tag eine eiserne Arbeitsroutine durch, die jedem regierenden Staatsmann Ehre gemacht hätte. Wie kaum ein anderer Inder lebte er nach der Uhr und verlangte von sich und anderen Pünktlichkeit in allen Dingen. Die Welt, die ihn nur als den großen Agitator kannte, wußte wenig von seinem stillen und ständigen Wirken, das es ihm ermöglichte, stets alle Fäden in der Hand zu behalten.

V. Nichtzusammenarbeit und bürgerlicher Ungehorsam

Gandhis Ruhm als Führer des indischen Freiheitskampfes gründete sich besonders auf zwei große Kampagnen der Nichtzusammenarbeit und des bürgerlichen Ungehorsams, die er in den Jahren 1920/21 und 1930/31 organisierte. In der ersten Kampagne übertrug er das Beispiel des Widerstandes der indischen Minderheit in Südafrika auf den indischen Freiheitskampf, der sich unter ganz anderen Vorausset-

zungen vollzog und nur eines mit der Lage der Minderheit gemeinsam hatte, daß auch hier Entmachtete und Entrechtete einer herrschenden Macht gegenüberstanden. Es fehlte aber der spezifische Druck, dem die Minderheit aus-

*) Ashram = „Stätte der Einkehr“, Einsiedelei oder auch Ort einer religiösen Lebensgemeinschaft eines Lehrers (Guru) und seiner Schüler.

gesetzt war, und inolgedessen war auch der Wille zum Widerstand schwach und richtungslos. Gandhi spürte diesen Mangel wohl, aber er erkannte ihn zunächst nicht klar. Es fehlte vor allem an den eindeutig diskriminierenden Gesetzen, die sich gezielt übertreten ließen, um dem gewaltlosen Widerstand einen Ansatzpunkt zu bieten. Er suchte daher nach konkreten Anlässen, die eine Verweigerung der Zusammenarbeit im Sinne seines „Satyagraha“ rechtfertigen konnten. Satyagraha, das Festhalten an der Wahrheit, das Gandhi auch allgemeiner mit dem Wort Seelenstärke übersetzte, war ohne konkreten Ansatz undenkbar, denn es bestand eben nicht in der unverbindlichen Äußerung irgendwelcher Wahrheiten, sondern war ganz aktionsbezogen. Politische Resolutionen ohne klare Handlungsweisungen, die befolgt werden konnten, waren für Gandhi vom Übel, da sie die Beschlußfassenden zu nichts verpflichteten und die Organisationen, in deren Namen die Beschlüsse gefaßt wurden, lächerlich machten. Die „Seelenstärke“ konnte nur im Willen zur Tat bewiesen werden, und zwar nicht irgendeiner Tat, sondern einer genau umschriebenen Tat, zu deren vorschriftsmäßigen Vollzug sich möglichst viele verpflichteten. Gehorsam und Hingabe, die dazu erforderlich waren, konnten aber nicht befohlen werden, sondern mußten aus der Sache selbst hervorgehen. Es blieb dem Geschick des politischen Führers vorbehalten, den Gegenstand der Aktion so zu wählen, daß sich die Überzeugung und die aus ihr erwachsende Disziplin von selbst ergaben.

Die Ereignisse der Jahre nach dem Ersten Weltkrieg erzeugten zwar eine allgemeine Unruhe in Indien, gaben aber wenig Anlaß zu konkreten Aktionen. Als die britisch-indische Regierung die strengen Notstandsgesetze der Kriegszeit durch neue Gesetzgebung auf die Friedenszeit auszudehnen versuchte, war damit ein gerechter Anlaß zum Protest gegeben, aber diese verhaßten Gesetze ließen sich nicht eigentlich übertreten, da sie nur eine rigorose Verkürzung der Strafprozeßordnung vorsahen. Der von Gandhi organisierte Protest gegen diese Gesetze blieb daher auf Demonstrationen beschränkt, zu denen auch ein Schließen der Läden gehörte, ein sogenannter Hartal, eine traditionelle Methode des Protests gegen die Obrigkeit in Indien.

Die Khilafat-Bewegung der indischen Mohammedaner

Ein weiterer Anknüpfungspunkt für den Widerstand gegen die Kolonialmacht bot die Khilafat-Bewegung der indischen Mohammedaner, die gegen die Bedingungen protestierten, die die Briten der besiegten Türkei und dem Kalifen aufzwangen. Die Bewegung war nicht zukunftsfruchtig, denn wenige Jahre später setzten die Jungtürken selbst den Kalifen ab, und die indischen Mohammedaner bewiesen nur, daß sie die Zeichen nicht erkannt hatten. Gandhi aber sah in dieser Bewegung eine einmalige Gelegenheit, Hindus und Mohammedaner zusammenzuführen und setzte sich voll und ganz für sie ein. Auch fand er bei den Khilafatisten Verständnis für ein konsequentes Programm der Nichtzusammenarbeit, das mit einem Boykott der britischen Bildungsanstalten und Gerichtshöfe beginnen sollte. Ebenso sollten die Wahlen im Rahmen der neuen Verfassungsreform boykottiert werden. Den Boykott der Wahlen hatte auch der Nationalkongreß auf seine Fahne geschrieben, der in seiner Mehrheit Gandhis Programm zunächst ablehnte und der Khilafat-Bewegung wenig Beachtung schenkte. Die von westlicher Bildung beeinflussten Mohammedaner im Nationalkongreß wie Mohammed Ali Jinnah teilten den Khilafat-Eifer ihrer orthodoxen Glaubensgenossen nicht und betrachteten Gandhis Bemühungen äußerst skeptisch. Schließlich kam es Gandhi jedoch zugute, daß der Nationalkongreß nach dem Boykott der Wahlen weitere agitatorische Initiativen ergreifen mußte, um nicht tatenlos dazustehen, während die, die die Wahlen nicht boykottiert hatten, unter der neuen Verfassung Regierungsfunktionen übernahmen. Erst als es soweit gekommen war, bekannte sich der Nationalkongreß zu Gandhis Programm der Nichtzusammenarbeit und machte gemeinsame Sache mit den Khilafatisten.

Boykott und Satyagraha

Das Programm der Nichtzusammenarbeit war jedoch zu breit angelegt und gab der politischen Aktion keinen deutlichen Brennpunkt. Viele Studenten verließen die Universitäten, Rechtsanwälte gaben ihre Praxis auf, einige Begeisterte gründeten nationale Bildungsanstalten, um den Studenten einen von der Regierung unabhängigen Bildungsweg zu weisen, aber die staatlichen Anstalten überlebten den Boykott ohne große Schwierigkeiten, und

bald kehrte das Leben in die gewohnten Bahnen zurück. Nur wenige machten den Boykott zum lebenslänglichen Entschluß und widmeten sich ganz der nationalen Bewegung. Der Boykott importierter Textilien gehörte ebenfalls zu Gandhis Programm und wurde von ihm betont, als die anderen Punkte seines Programms sich als weniger zugkräftig erwiesen. Überall verbrannten die Nationalisten öffentlich ihre westlichen Kleider. Kaum hatte das den Reiz der Neuheit verloren, bot der von der britischen Regierung ungeschickterweise angesetzte Staatsbesuch des englischen Kronprinzen einen willkommenen Anlaß zu weiteren Demonstrationen in allen Städten, die der Prinz besuchte. Gandhi versäumte die Chance, in diesem Moment die Kampagne der Nichtzusammenarbeit abzubrechen, bevor sie sich totlief, und eine Konferenz am runden Tisch anzunehmen, die die Regierung angeboten hatte, um beim Besuch des Kronprinzen Ruhe zu haben. Wenige Monate später kam es zu gewalttätigen Ausschreitungen von Demonstranten in einem Dorf in Nordindien, und Gandhi brach die ganze Kampagne ab. Erst jetzt griff die Regierung zu, ließ ihn verhaften und vor Gericht stellen. Bis zu diesem Zeitpunkt hatte die Regierung sich zurückgehalten und sich gehütet, Gandhi durch übereilte Unterdrückungsmaßnahmen die Ansatzpunkte zur Agitation zu liefern, die er brauchte. Vor dem Gericht verteidigte sich Gandhi nicht, sondern bekannte sich schuldig, wie es die Regeln des Satyagraha vorschrieben. Er wurde zu sechs Jahren Haft verurteilt, aber schon nach zwei Jahren aus Gesundheitsgründen wieder entlassen. Der Nationalkongreß wandte sich inzwischen dem parlamentarischen Weg zu, und Gandhi galt bereits als eine Größe der Vergangenheit. Er beschäftigte sich mit seinen sozialen Programmen und zog sich in die Lebensgemeinschaft des Ashram zurück.

Der Widerstand gegen die Salzsteuer

Erst als der Nationalkongreß im Jahre 1930 dazu gezwungen war, erneut den Weg der Agitation einzuschlagen, trat Gandhi wieder in den Mittelpunkt des Interesses. Er ließ sich vom Kongreß weitgehende Vollmachten erteilen und ersann dann eine Kampagne, die alles übertraf, was er vor oder nach dieser Zeit auf diesem Gebiet leisten konnte. Anstelle der Nichtzusammenarbeit, die sich nicht deutlich genug definieren ließ, empfahl er jetzt den bürgerlichen Ungehorsam. Dieser Ungehorsam hatte den Vorzug der Offensive: die Regierung wurde von vornherein in die Verteidi-

gung gedrängt, während sie bei der Nichtzusammenarbeit eine abwartende Haltung einnehmen konnte. Es war nun äußerst wichtig, den Gegenstand des Ungehorsams so zu wählen, daß er nicht zwischen den Indern selbst zum Konfliktstoff wurde und zugleich von den breiten Massen so verstanden wurde, daß sich die Aktionen des Ungehorsams leicht überall nachvollziehen ließen. Eine Steuerverweigerungskampagne, die zunächst naheliegend erschien, hatte den Nachteil, daß es dabei auch zum Streit zwischen Grundbesitzern und Pächtern kommen mußte, weil in weiten Teilen Nordindiens Pacht und Steuer zusammen an den Grundbesitzer gezahlt wurden. Dagegen bot das staatliche Salzmonopol eine bessere Angriffsfläche. Salz mußte von allen gekauft werden, und der Staat hatte sich durch die gesetzliche Festlegung des Salzmonopols eine gute Einnahmequelle gesichert. Proteste gegen die Salzsteuer waren schon oft laut geworden, aber es blieb Gandhi vorbehalten, diese Frage in den Mittelpunkt der nationalen Agitation zu rücken und zum Gegenstand des zivilen Ungehorsams zu machen. Die Salzgesetze luden auch geradezu zur Übertretung ein, denn schon das Auflesen von etwas Salz am Strande genügte, um sich strafbar zu machen.

Gandhi bereitete diese symbolische Handlung der Gesetzesübertretung gut vor. Er sammelte in seinem Ashram eine Gruppe disziplinierter Gefolgsleute und begab sich mit ihnen auf eine lange Pilgerreise, die schließlich am Strand von Dandi in Gujarat endete. Gandhi wählte nicht den geraden Weg zum Meer, sondern hielt sich in vielen Dörfern auf und achtete darauf, daß die Pilgerreise selbst bereits viel Aufsehen erregte, so daß das Auflesen des Salzes am Strand als Höhepunkt von weiten Kreisen erwartet wurde. Kaum hatte Gandhi das Salz aufgelesen, kaum war er verhaftet worden, da begann im ganzen Lande das Salzsieden, und die Regierung war überrascht von den Ausmaßen der Resonanz, die Gandhis symbolische Handlung überall in Indien fand. Die Gefängnisse füllten sich, die Regierung war gezwungen, eine Reihe von Notverordnungen zu erlassen. Diesmal nützte Gandhi die Gelegenheit, die Kampagne zu einer günstigen Zeit zu beenden, ehe sie sich totlief. Die britisch-indische Regierung war daran interessiert, daß der Nationalkongreß an den Konferenzen am Runden Tisch in London teilnahm, bei denen die nächste Verfassungsreform ausgehandelt werden sollte. Der Vizekönig Lord Irwin entließ Gandhi aus dem Gefängnis und lud ihn zu einem Gespräch ein, das zum Gandhi-Irwin-Pakt

führte. Dieser Pakt enthielt keine wesentlichen Zugeständnisse von seiten der Regierung, wurde aber von Gandhi als Erfolg gewertet, weil sich hier zum erstenmal eine Gleichberechtigung anzudeuten schien. Auch Churchill sah das so, als er mit Entrüstung von dem „aufrührerischen nackten Fakir“ sprach, der es wagen durfte, als gleichberechtigter Verhandlungspartner dem Repräsentanten des britischen Reiches entgegenzutreten.

Nach diesem Triumph gelang es Gandhi nicht mehr, eine ähnlich großangelegte Kampagne in Indien durchzuführen. Die Jahre des Zweiten Weltkrieges waren für die nationale Agitation ungeeignet, da die Regierung große Vollmachten zu ihrer Unterdrückung hatte. Auch waren Gandhi und die meisten Führer des Kongresses antifaschistisch eingestellt und wollten daher den Briten während des Krieges nicht in den Rücken fallen, da sie so nur deren Feinden genützt hätten. Nach dem Krieg brachte die Teilung des Landes neue Probleme, und Gandhi sah sich mehr und mehr isoliert.

Am 30. Januar 1948 wurde Gandhi von einem extremistischen Hindu erschossen, der befürchtete, daß Gandhi, der selbst die Teilung nicht gewollt hatte, nun doch Pakistan gegenüber allzu großzügig sein würde. Der große Agitator hatte in den letzten Jahren seines Lebens immer mehr den Alleingang vorgezogen. 1934 war er sogar formell aus dem Nationalkongreß ausgetreten, um sich dort nicht in die Opposition drängen zu lassen. Sein aufsehenerregendes Fasten hatte mehrmals den Gang der Ereignisse beeinflusst. Selbst in den Wirren, die der Teilung des Landes folgten, hatte er durch solches Fasten Mord und Todschlag Einhalt geboten. Der Nationalkongreß verwandelte sich in eine staatstragende und staatsgetragene Partei, Gandhi aber verfolgte seinen eigenen Kurs, und wenn er das Attentat von 1948 überlebt hätte, wäre er im unabhängigen Indien wohl auch dem Nationalkongreß unbequem geworden.

VI. Einer für alle: die Grenzen symbolischer Handlung

Der Alleingang hatte für Gandhi zunächst große Vorteile. Nach seinen beiden großen Kampagnen der nationalen Agitation war er so berühmt geworden, daß jede seiner Handlungen weithin beachtet werden mußte. Die Kongreßpolitiker, die nach den großen Kampagnen wieder zur Alltagsroutine zurückkehrten, waren dankbar, wenn Gandhi die Last der Durchsetzung politischer Forderungen auf sich nahm, und waren in diesem Sinne gern bereit, einen für alle einstehen zu lassen. Doch diese Entwicklung lähmte die Tatkraft der Gefolgschaft. Gandhis Einsatz war exemplarisch, aber nicht beispielgebend. Keiner konnte daran denken, es ihm nachzutun. Sobald man sich aber erst einmal daran gewöhnt hatte, daß alle wesentlichen Dinge von Gandhi ausgefochten wurden, brauchte man an sich selbst keine großen Forderungen mehr zu stellen. Die Verehrung des großen Mannes ersetzte die eigene Initiative, und sie gab zugleich der Vielfalt des indischen politischen Lebens einen einigenden Mittelpunkt. Gandhis Soziallehre, die die Entscheidung des Individuums betonte und keine nationale Ideologie sein wollte, wirkte sich schließlich so aus, daß er der entscheidende einzelne wurde, während die anderen den Chor bildeten, der mit seinem Echo seinen Ta-

ten Resonanz gab. Auf diese Weise ließ sich die politische Aktion natürlich am besten steuern, denn je mehr die eigene Initiative unzähliger kleiner Agitatoren ins Spiel kam, um so mehr wurde die Disziplin zum Problem.

Gandhi hatte die erste Kampagne der Nichtzusammenarbeit abgebrochen, weil sie in disziplinlose Gewalttätigkeit auszuarten drohte. Er war grundsätzlich gegen jede Gewalttätigkeit, und er wußte auch, daß sie strategisch falsch war. Eine Reihe von sporadischen Ausbrüchen hätte die indische Freiheitsbewegung zersplittert, und sie wäre dann völlig dem Zugriff der Regierung ausgeliefert gewesen, die der Gewalt mit Gewalt begegnen konnte und nur dem gewaltlosen Widerstand ratlos gegenüberstand. Die Gewaltlosigkeit des Widerstandes war dann am besten gesichert, wenn man ihn ganz in der symbolischen Handlung aufgehen ließ. Gandhi bemühte sich daher darum, die Aussagekraft und die überzeugende Wirkung symbolischer Handlungen zu vervollkommen. Die höchste Steigerung symbolischen Handelns erreichte er durch seine großen Fastenzeiten, mit denen er auch hinter Gefängnismauern dem Volk ein Zeichen geben und die Regierung herausfordern konnte.

Die Strategie der symbolischen Handlung hatte ihre Grenzen. Sie konnte durch ihre Vorbildlichkeit ungeahnte Kräfte wecken. Sie war politische Poesie, die Gefühle wachruft, deren man sich kaum bewußt ist. Aber sie konnte zugleich reine Darstellung bleiben und zum Selbstzweck werden. Es war sogar möglich, daß sie Kräfte weckte und diese dann nicht zu weiterem Einsatz anspornte, sondern in der Darstellung politischer Konflikte aufgehen ließ, ohne zu der Lösung der Konflikte beizutragen. Viele der symbolischen Handlungen Gandhis hatten diesen Mangel. Gandhi sah keinen Widerspruch zwischen seiner Rolle als Stratege der symbolischen Handlung und als Mahner zur individuellen Selbstbeherrschung. Er schöpfte

seine Kraft aus dem Glauben an eine immanente Einheit aller Individuen. Diese Einheit mußte geradezu vorausgesetzt werden, wenn ein Ansprechen auf symbolische Handlungen erwartet wurde. Seine Erfolge bestätigten Gandhi in seinem Glauben. Erst in den Wirren zur Zeit der Teilung Indiens mußte er an diesem Glauben zweifeln und hielt doch an ihm fest. Bis ihn die Kugel des Mörders erreichte, versuchte er immer wieder, die Ansprechbarkeit seiner Mitmenschen zu erforschen, um zu sehen, ob seine Wahrheit auch ihre Wahrheit war. Die Antwort des Attentäters war eine tödliche Absage. Doch war der Tod auch Gandhis letzte Bewährung; er starb mit dem Namen Gottes auf den Lippen, ungeschützt und furchtlos.

Gandhis Theorie der gewaltfreien Aktion

Der Revolutionär neuen Typs

Die Geschichte der Rezeption von Gandhis politischen Theorien ist eine Geschichte von Mißverständnissen. Der Rädelsführer gewaltfreier Aufstände und der Vorkämpfer eines „gewaltfreien Sozialismus“¹⁾ wurde in der Zeit zwischen den Weltkriegen verstanden als fernöstlicher Messias für das dem Untergang geweihte Abendland, dem er den Weltfrieden verkünde²⁾. Heute besteht Gefahr, daß sein Name und die Veranstaltungen zu seinem 100. Geburtstag dazu dienen, im Lob auf den „Apostel der Gewaltlosigkeit“ mit den Rebellen im eigenen Lande abzurechnen. Die Nachrufe auf den ermordeten Bürgerrechtskämpfer und Gandhischüler Martin Luther King gaben hier schon einige aufschlußreiche Beispiele³⁾. Bei Gandhi lassen sich zwar Maßstäbe für eine kritische Auseinandersetzung mit gewissen Verhaltensweisen der außerparlamentarischen Opposition finden, aber eine Orientierung an seiner Theorie und Praxis zwingt auch zu einer so konstruktiven wie radikalen Kritik der offiziellen Innen- und Außenpolitik der Bundesrepublik. Wenn die Besinnung auf Gandhi nicht nur sentimental Charakter haben soll, dann müßten seine Gedanken in die Aktionsprogramme und Perspektivpläne der Parteien und sozialkritischen Gruppierungen Eingang finden.

Gandhis politische Theorie ist in erster Linie eine Methodenlehre der Konfliktaustragung. Er wies immer wieder auf den Zusammenhang zwischen der revolutionären Methode und dem mehr oder weniger demokratischen Ergebnis hin: „Ich habe Carlyles ‚Geschichte der Franzö-

sischen Revolution‘ gelesen, während ich im Gefängnis war und Pandit Jawaharlal (Nehru — Th. E.) hat mir einiges über die russische Revolution erzählt. Aber es ist meine Überzeugung, daß in dem Maße, wie diese Kämpfe mit der Waffe der Gewalt ausgefochten wurden, sie das demokratische Ideal verfehlten. In der Demokratie, die mir vorschwebt, einer Demokratie, die auf gewaltfreie Weise errichtet wurde, wird es gleiche Freiheit für alle geben. Jedermann wird sein eigener Herr sein.“⁴⁾

Gandhi, der Kritiker gewaltsamer Revolutionäre, hatte mit diesen die Zielsetzung, die sie so oft verfehlten, gemein; er nannte sie „Sarvodaya“. Die Übersetzung dieses Begriffes mit „Wohlfahrt für alle“ paßt etwas zu gut in den Rahmen westlicher Konsumentenideologien. Gemeint ist mit „Sarvodaya“ die Aufhebung der Herrschaft des Menschen über den Menschen in einer gewaltfreien Demokratie, die nicht länger dem Trend zur Profitmaximierung und Machtkonzentration folgt, sondern in der allseitigen Entwicklung des Individuums ihr Grundgesetz sieht und die den Dienstleistungen den Vorrang vor dem Konsum gibt⁵⁾. „Für Amerika mag das Ziel sein, daß jeder Bürger seinen Wagen hat. Darauf kommt es mir nicht an. Ich will frei sein, meine Persönlichkeit voll zu entfalten. Ich muß frei sein, auf den Sirius zu fliegen, wenn ich das will. Das soll aber nicht heißen, daß die Weltraumfahrt eines meiner echten Bedürfnisse ist.“⁶⁾

Der „praktische Idealist“ Gandhi hatte mit den idealistischen gewaltsamen Revolutionären aber nicht nur die Zielsetzung gemein. Seine Methode des gewaltfreien Aufstandes hatte die

¹⁾ M. K. Gandhi, *Towards Non-violent Socialism*, Ahmedabad 1951 (Textsammlung von Bharatan Kumarappa).

²⁾ S. Th. Ebert, *Gewaltfreiheit: Doktrin oder Kampftechnik? Ein Abriß der Wirkungsgeschichte Gandhis außerhalb Indiens von 1923 bis 1964*, „Werkhefte. Zeitschrift für Probleme der Gesellschaft und des Katholizismus“, München, 19. Jg. Nr. 2, Febr. 1965, S. 39—48.

³⁾ Hans-Jürgen Benedict, *Licht und Finsternis. Der Mord an Martin Luther King und seine Folgen im Spiegel der deutschen Publizistik*, in: Th. Ebert u. H.-J. Benedict, Hrsg., *Macht von unten. Bürgerrechtsbewegung, außerparlamentarische Opposition und Kirchenreform*, Hamburg 1968, S. 60—73.

⁴⁾ Rede am 7. 8. 1942 vor dem All India Congress Committee, in: *Gandhiji's Correspondence with the Government 1942—44*, Ahmedabad 1945, S. 142.

⁵⁾ M. K. Gandhi, *Sarvodaya (The Welfare of All)*, Ahmedabad: Navajivan, 1954 (dt.: *Sarvodaya. Wohlfahrt für alle*, Bellnhausen: Institut für Geozologie und Politik, 1967).

⁶⁾ Louis Fischer's Interview, „*Harijan*“ 4. 8. 1946, in: M. K. Gandhi, *Non-violence in Peace and War*, Vol. II, Ahmedabad: Navajivan, 1949, S. 111 (Gandhis Anspielung auf die Weltraumfahrt zum Sirius erklärt sich aus seiner Lektüre Jules Vernes im Gefängnis).

Kritik sozialfriedlicher Verschleierungsideologien und die Analyse von Herrschaftssystemen zur Voraussetzung. Nachdem er während des Zweiten Weltkrieges „Das Kapital“ von Marx und auch Schriften von Engels, Lenin und Stalin gelesen hatte⁷⁾, distanzierte er sich zwar von deren Kampfmethoden und der damit gekoppelten Theorie des Klassenkampfes, nicht aber von der marxistischen Sozialkritik. Die kolonialistische Ideologie von „des weißen Mannes Würde“ hatte er schon früher, so insbesondere im Verlauf der Salzkampagne von 1930/31, entlarvt. Vor deren Beginn schrieb Gandhi am 2. März 1930 an den Vizekönig: „Warum ich das englische Regime als einen Fluch ansehe? Dieses System der fortschreitenden Ausbeutung und der ruinösen Militär- und Verwaltungsausgaben hat zur Verelendung der dumpf dahinvegetierenden Millionen geführt. Es hat uns politisch in den Zustand der Knechtschaft zurückgeworfen. Es hat uns von den Quellen unserer Kultur abgeschnitten.“⁸⁾

Um in dieser Lage seine Utopie des „Sarvodaya“ zu realisieren, hat er allen gewaltsamen revolutionären Traditionen und allen Sanktionsdrohungen der Herrschenden zum Trotz seine Strategie der gewaltfreien Aktion entwickelt, die mit Hilfe von Protestdemonstrationen, von Nicht-Zusammenarbeit, zivilem Ungehorsam und zivilen Usurpationen an die Stelle der ultima ratio regis, der Macht der Herrschenden und Herrsüchtigen, eine von unten kommende Macht, die gewaltfreie ultima ratio populi, gesetzt. In der organisatorischen und geistigen Entwicklung dieses gewaltfreien Volksaufstandes, im „Dienst an Gott durch den Dienst an den stummen, manipulierten Millionen (dumb millions)“⁹⁾ bestand sein Lebenswerk.

Um es zu verstehen, müßte man sich darauf einlassen, Gandhis Praxis im Detail und von Tag zu Tag zu verfolgen, da man ihn sonst leicht vorschnell und eklektizistisch im Rahmen der eigenen, alteingefahrenen Denk- und Handlungsgewohnheiten interpretiert. Ein Essay über Gandhis politische Theorie der gewaltfreien Aktion kann darum nur ein Anreiz

zum Studium, allenfalls eine Orientierungshilfe sein, auf keinen Fall aber ein Ersatz für das Monate, Jahre oder ein Leben lang währende Verfolgen und kritische Fortführen seiner „Experimente mit der Wahrheit“¹⁰⁾.

Ein solches intensives Studium von Gandhis Werk ist sehr selten unter Staatsmännern und Revolutionären. Zwei der Ausnahmen sind Kwame Nkrumah und Martin Luther King. Der ghanesische Politiker, der sich nur eklektizistisch seiner Kampftechniken bedient hatte und sich nach ersten politischen Erfolgen von Gandhis Lehren weit entfernte, schreibt in seiner Autobiographie: „Zunächst konnte ich mir keineswegs vorstellen, wie Gandhis Philosophie des gewaltlosen Widerstandes irgendeine Aussicht auf Erfolg haben sollte. Sie schien mir ein äußerst schwaches Mittel, dem jede Hoffnung auf Erfolg abzusprechen war. Die Lösung des Kolonialproblems, so wie ich es damals (Hervorhebung — K. N.) sah, lag in der bewaffneten Erhebung. Aber wie ist es möglich, so fragte ich mich damals, eine Revolution durchzuführen ohne Waffen und ohne Munition? Nachdem ich Gandhis Taktik monatelang studiert und ihre Erfolge genau beobachtet hatte (Hervorhebung — Th. E.), kam ich doch zu der Einsicht, sie wäre möglicherweise eine Lösung des Kolonialproblems, sofern eine starke politische Organisation sie stützte und trug.“¹¹⁾

Der amerikanische Bürgerrechtskämpfer Martin Luther King hat im Unterschied zu Nkrumah nie aufgehört, Gandhis Lehren zu untersuchen und weiterzuentwickeln. In seinem autobiographischen Bericht über den Bus-Boycott von Montgomery schreibt er, daß er als Student im Anschluß an einen Vortrag über Gandhi ein halbes Dutzend Bücher über Gandhis Leben und Werk gekauft habe¹²⁾. „Wie die meisten Leute hatte ich von Gandhi gehört, hatte ihn aber nie ernstlich studiert. Als ich nun die Bücher las, war ich fasziniert von seinen Feldzügen gewaltlosen Widerstands . . . als ich tiefer in die Philosophie Gandhis eindrang, nahmen meine Zweifel an der Macht der Liebe allmählich ab, und ich erkannte zum ersten Mal, was sie auf dem Gebiet der Sozialreform ausrichten konnte. Ehe ich Gandhi gelesen

⁷⁾ Krishorlal Mashrouwala, Gandhi et Marx, Paris 1957, S. 195.

⁸⁾ Zit. nach dem vollständigen Text in: Gene Sharp, Gandhi Wields the Weapon of Moral Power. Three Case Histories, Ahmedabad 1960, S. 61.

⁹⁾ Zit. nach dem Motto des Standardwerkes: Pyarelal, Mahatma Gandhi. The Last Phase, Vol. I, Ahmedabad 1956, S. VI (Pyarelal war der Sekretär Gandhis).

¹⁰⁾ So der Untertitel seiner Autobiographie: M. K. Gandhi, Autobiographie. Die Geschichte meiner Experimente mit der Wahrheit, Freiburg 1960.

¹¹⁾ K. Nkrumah, Schwarze Fanfare. Meine Lebensgeschichte, München 1958, S. 8.

¹²⁾ Martin Luther King, Freiheit. Der Aufbruch der Neger Nordamerikas, München 1968, S. 74.

hatte, glaubte ich, daß die Sittenlehre Jesu nur für das persönliche Verhältnis zwischen einzelnen Menschen gelte ... Gandhi war wahrscheinlich der erste Mensch in der Geschichte, der Jesu Ethik von der Liebe über eine bloße Wechselwirkung zwischen einzelnen Menschen hinaus zu einer wirksamen sozialen Macht in

großem Maßstab erhob. Für Gandhi war die Liebe ein mächtiges Instrument für eine soziale und kollektive Umgestaltung. In seiner Lehre von der Liebe und Gewaltlosigkeit entdeckte ich die Methode für eine Sozialreform, nach der ich schon so viele Monate gesucht hatte." ¹³⁾

Mittel und Ziele

Die Basis von Gandhis politischer Theorie ist: Unrecht, wo immer man es vorfinde, anzugreifen. Dabei sei Gewaltanwendung besser als Feigheit. „Ich glaube, daß ich da, wo nur die Wahl bliebe zwischen Feigheit und Gewalt, zur Gewalt raten würde ... Dagegen glaube ich, daß die gewaltfreie Aktion der Gewalt unendlich überlegen ist.“ ¹⁴⁾

Wenn man Menschen, die sich ungerecht behandelt fühlen, und deren Gedanken sich auf einen gewaltsamen Aufstand zu fixieren beginnen, aus diesem Gewaltdenken lösen will, gibt es grundsätzlich zwei Arten der Argumentation, mit der man sich nicht von vornherein desolidarisiert, wie etwa durch die Androhung von Sanktionen oder die Verschleierung der Unrechtsituation. Die erste, vor Gandhi so ausdauernd wie vergeblich gepflegte Art war die religiös-moralische Argumentation. Martin Luthers „Ermahnung zum Frieden“ vor dem Bauernkrieg von 1525 dürfte wohl das bedeutendste Beispiel dafür sein, wie durch strenge Interpretation einer theologischen Schrift versucht wurde, potentielle Aufständische von Gewalttaten abzuhalten ¹⁵⁾.

Diese Methode des Appells an das Gewissen war Gandhi zwar auch vertraut, durch seinen nahen Umgang mit den jungen indischen Revolutionären hatte er jedoch erfahren, wie wenig Eindruck sie bei den Menschen machte, die zu allem bereit waren, wenn dadurch das revolutionäre Ziel erreicht zu werden versprochen. Sie schienen von Leo Trotzki's Grundsatz auszugehen: „Wer ein Ziel anstrebt, darf die Mittel nicht verwerfen.“ ¹⁶⁾

Gandhi stellte darum bei seiner Argumentation das allen gewaltsamen Aufständen gemeinsame Erfolgsstreben in Rechnung und setzte mit seiner Kritik nicht am sittlichen Wert der Gewalttat, sondern an deren schließlichem Erfolg an. Er hielt den gewaltsamen Revolutionären vor, es gebe ein die Geschichte bestimmendes Gesetz vom Zusammenhang zwischen Mitteln und Zielen: „Die Mittel kann man mit dem Samen vergleichen, das Ziel mit dem Baum, und der Zusammenhang zwischen Mittel und Ziel ist genau so notwendig wie der zwischen Samen und Baum.“ ¹⁷⁾

Das politische Ziel mußte nach Gandhis Auffassung immer schon in den Mitteln sichtbar werden; ein Ding könne schließlich nur durch dieselben Mittel erhalten werden, mit denen es erlangt wurde. „Ein Ding, das mit Gewalt erlangt wurde, kann nur mit Gewalt erhalten werden.“ ¹⁸⁾ Aus dieser Überzeugung heraus wagte er es beispielsweise, am 28. November 1938 einen zugleich aufmunternden und warnenden Brief an die Juden zu schreiben. „Wenn die Juden das geographische Palästina als ihre nationale Heimstätte ansehen müssen, ist es falsch, es im Schatten der britischen Geschütze zu betreten. Eine religiöse Tat kann nicht mit Hilfe von Bajonetten und Bomben ausgeführt werden. Sie können sich in Palästina nur mit Zustimmung der Araber niederlassen ... sie können mit gewaltfreien Aktionen die Herzen der Araber bekehren ... sie können klarmachen, daß sie bereit sind, erschossen und ins Tote Meer geworfen zu werden, ohne einen Finger gegen sie zu erheben ... Es gibt Hunderte von Möglichkeiten, mit den Arabern vernünftig zu verhandeln, wenn sie nur auf die Hilfe der britischen Bajonette verzichten.“ ¹⁹⁾ Das waren im Jahre 1938

¹³⁾ A. a. O., S. 74.

¹⁴⁾ M. K. Gandhi, Die Lehre vom Schwert, „Young India“ 11. 8. 1920, in: Mahatma Gandhi, Jung Indien. Aufsätze aus den Jahren 1919 bis 1922, Zürich 1924, S. 135.

¹⁵⁾ Vgl. Paul Althaus, Luthers Haltung im Bauernkrieg, Darmstadt 1962.

¹⁶⁾ Leo Trotzky, Terrorism and Communism. A Reply to Karl Kautsky, The University of Michigan Press, Ann Arbor, 1961, S. 22.

¹⁷⁾ M. K. Gandhi, Hind Swaraj or Indian Home Rule, Ahmedabad 1939, S. 71.

¹⁸⁾ M. K. Gandhi, Satyagraha in South Africa, Ahmedabad 1950, S. 338.

¹⁹⁾ The Jews, „Harijan“ 26. 11. 1938, in: M. K. Gandhi, Non-violence in Peace and War, Vol. I, Ahmedabad 1942, S. 173—174.

und in den folgenden Jahren fast zynisch klingende Vorschläge, und doch kann man sich 30 Jahre später angesichts des militärischen Aufmarsches am Mittelmeer fragen, ob Gandhis Strategie nicht schneller und mit geringeren Opfern zu einer konstruktiven Lösung des arabisch-israelischen Konfliktes geführt hätte.

Nicht nur in der Kontinuität einmal begonnener militärischer Auseinandersetzungen und ihren eskalierenden Opfern sah Gandhi einen Grund für die Befürwortung gewaltfreier Kampfmethoden, er meinte auch, einen Zusammenhang zwischen dem Charakter eines Regierungssystems und den Methoden, die zu seiner Errichtung führten, herstellen zu können: „Ich halte fest an der Ansicht, daß die Demokratie nicht mit Zwangsmethoden entwickelt werden kann. Der Geist der Demokratie kann nicht von außen aufgepfropft werden, er muß von innen herauskommen.“²⁰⁾

Hier ist Gandhi in seinem Denken konkreter als manche Vertreter der weltweiten studentischen Rebellion. Seiner Auffassung nach ist die Unterscheidung von „unterdrückender (repressiver) und befreiender (emanzipierender) Gewalt“²¹⁾, die durch Frantz Fanons Schrift über die „Verdammten der Erde“ in manchen außerparlamentarischen Oppositionsgruppen populär wurde²²⁾, langfristig gesehen eine Illusion. Diese Unterscheidung meinte im Anschluß an die Osterdemonstrationen 1968 auch ein Berliner Autorenkollektiv treffen zu können: „Einer Gesellschaft, die Erziehung so eng mit Gewalt verkoppelt hat, geben wir, indem wir uns jetzt in der Anwendung von Gegengewalt selbst erziehen, eine Antwort in ihrem eigenen Idiom.“²³⁾ Jedoch gerade in diesem Lernprozeß, der mit der Anwendung der angeblich befreienden Gewalt verbunden ist, ist auch die Begründung für Gandhis These von dem Zusammenhang zwischen Zielen und Mitteln zu finden.

Kritik der revolutionären Gewalt

Gewaltanwendung, von welcher Gruppe sie auch erfolgt, bedeutet für diese Gruppe immer, daß sie ihren eigenen Standpunkt als richtig verabsolutiert und in ihr die Willensbildungsprozesse hierarchischer Strukturen folgen. Diese Behauptung widerspricht dem Selbstverständnis gewaltsamer Revolutionäre, aber nicht dem empirischen Befund. Eine spontane oder geplante Gewaltanwendung hat als psychologische Voraussetzung die feste Überzeugung oder doch das starke Gefühl, vollständig im Recht zu sein und einem Gegner gegenüberzustehen, der genauso vollständig im Unrecht und darüber hinaus nahezu unbelehrbar ist. Dies entspricht selten oder nie den tatsächlichen Verhältnissen, und die auf ihr „Bewußtsein“ pochenden Revolutionäre müßten sich eigentlich eingestehen, daß man selbst bei sorgfältigstem Bemühen um eine Analyse der Lage im Endergebnis nur über ein partielles Wissen verfügen und damit unvermeidlich auch zu Fehlurteilen kommen kann. Wird erst einmal Gewalt angewandt, wird für deren Träger die Versuchung fast unüberwindlich, auch die sympathisierenden Kritiker dieser Aktio-

nen mit eigenen Machtmitteln zum Schweigen zu bringen, was zu pathologischen Lernprozessen in der gewaltausübenden Gruppe führt, weil wichtige Informationen nicht länger aufgenommen werden.

Es sprechen aber nicht nur psychologische Gründe gegen die Hoffnung auf eine befreiende Wirkung der Gewalt. Die Vorbereitung revolutionärer gewaltsamer Aktionen muß auch in formaldemokratisch verfaßten Staaten zum Eingreifen der Behörden oder zur gewaltsamen „Selbstschutzmaßnahmen“ konservativer Kreise führen. Diese Reaktion zwingt die Protagonisten gewaltsamer Aktionen zur geheimen Vorbereitung ihrer Unternehmungen und zu Schutzvorkehrungen gegen Spitzel und in der Konsequenz bald zu einer Untergrundorganisation. Alle Erfahrungsberichte aus solchen Organisationen zeigen aber, daß sie ohne eine streng hierarchische Gliederung, ohne strikte Ausrichtung am Befehls-Gehorsams-Verhältnis und ohne ein hohes Maß von Mißtrauen jedes gegen jeden nicht beste-

²⁰⁾ Zit. in: Patabhi Sitaramaiyya, History of the Congress, Allahabad: All India Congress Committee, 1935, in: N. K. Bose, Selections from Gandhi, Ahmedabad 1957, S. 41.

²¹⁾ Autorenkollektiv, Zum Begriff der Gewalt, „konkret“, Nr. 6, Juni 1968, S. 25—26.

²²⁾ F. Fanon, Die Verdammten der Erde, Frankfurt 1966.

²³⁾ A. a. O., S. 26.

hen und handeln können²⁴⁾. Eine solche Geheimorganisation, Sabotagegruppe oder Guerilla-Organisation verliert dadurch weitgehend den Kontakt zu denen, für die sie angeblich kämpft, und es wird auch äußerst schwierig, auch nur innerhalb der eigenen Reihen Kritik und Vorschläge von unten nach oben weiterzugeben.

Von den Befürwortern gewaltsamer Revolutionen, also in erster Linie von den Anhängern Mao Tse-tungs und Che Guevaras wird allerdings das genaue Gegenteil behauptet: „Eine Partisanengruppe kommt ohne Hierarchie aus; nicht militärische Ränge, sondern Vertrauen und gegenseitige Hilfsbereitschaft bestimmen das Verhältnis ihrer Mitglieder untereinander. Ihre Disziplin entspringt nicht einer vorgegebenen Autorität; Autorität ergibt sich jeweils aus der Situation und der Entscheidung, wie sie zu bewältigen sei. Eine solche Regelung der menschlichen Beziehungen nimmt bereits das Ziel der Revolution vorweg — eine auf die Maximen der Vernunft gegründete, egalitäre Gesellschaftsordnung. Die führend am Partisanenkampf Beteiligten erfahren dabei eine Einübung in Demokratie, die die Revolution nach dem militärischen Sieg vor einer Entfremdung zwischen Staatsmacht und Volk bewahrt.“²⁵⁾

Nur empirische Untersuchungen, die vom Studienobjekt her sehr schwierig sind, könnten zu einer Klärung und evtl. zu einer Umfunktionierung dieser angeblichen Maoisten führen, gegen deren Erwartungen von der erzieherischen Funktion einer Partisanenbewegung prinzipiell nichts einzuwenden ist. Gandhi würde diesen Anhängern von Mao und Che nur erwidern, daß ihre Erwartungen allenfalls in einem gewaltfreien Aufstand, nicht aber in einem Guerillakampf realisiert werden könnten.

In der algerischen Befreiungsarmee hat es eine klare militärische Hierarchie gegeben, in der nationalen Befreiungsfront in Süd-Vietnam gibt es sie heute zweifellos, und selbst in der überschaubaren Kampfgruppe Che Guevaras in Bolivien gab es keine demokratischen Willensbildungs- und Abstimmungsprozesse, son-

²⁴⁾ Regis Debray nennt als die drei goldenen Regeln des Guerillakrieges „Ständige Wachsamkeit, ständiges Mißtrauen, ständige Beweglichkeit“, in: R. Debray, *Revolution in der Revolution*, München 1967, S. 44—45.

²⁵⁾ Bahman Nirumand, *Die Avantgarde der Studenten im internationalen Klassenkampf*, „Kursbuch“ Frankfurt, Nr. 13, 1968, S. 17.

dern Che hatte den eindeutigen Oberbefehl²⁶⁾. Auch in gewaltfreien Kampagnen gibt es führende Persönlichkeiten oder Führungsgruppen, aber im Unterschied zu den Autoritäten in Guerilla-Armeen oder Untergrund-Organisationen sind sie durch Beratungen, Abstimmungen und Wahlen einer regelmäßigen Kontrolle von unten unterworfen, und außerdem verfügen sie über keinerlei Sanktionen, um den Austritt Kampfunwilliger aus der Aufstandsbewegung zu unterbinden. Ihre Aktionen sind insofern ein „plebiscite de tous les jours“, was man von Guerillakämpfen auf Grund der gewaltsamen Sanktionen der Guerillas²⁷⁾ nur mit großen Einschränkungen und nur im Hinblick auf traditionelle militärische Operationen sagen kann²⁸⁾. Guerilla-Organisationen mögen in ihren Anfangsphasen relativ demokratischer sein als reguläre Verbände, je mehr sie sich jedoch der Phase nähern, in der sie kräftig genug sind, regulär Krieg zu führen und den Gegner in konventionellen Schlachten niederzuringen, desto undemokratischer, das heißt hierarchischer, wird der Willensprozeß in ihnen. Da die USA dem kubanischen Diktator Batista schließlich die weitere Unterstützung versagten, hatten Fidel Castro und seine Guerillos das seltene Glück, diese letzte Phase der regulären Kriegführung nicht durchstehen zu müssen. Man sollte darum aber auch sehr vorsichtig sein, aus der kubanischen Ausnahme allgemeine Schlußfolgerungen abzuleiten. Allgemeingültiger als die relativ günstigen kubanischen Ergebnisse²⁹⁾ dürfte sein, daß die am Partisanenkampf Beteiligten nicht eine Einübung in Demokratie, sondern in Befehlen und Gehorchen und in der unkritischen Übernahme von Agitprop erfahren. Sollte eine solche hierarchisch gegliederte und im Befehls-Gehorsams-Mechanismus funktionierende revolutionäre Organisation sich militärisch und propagandi-

²⁶⁾ 12. 12. 1966: „Ich sprach zur ganzen Gruppe, indem ich ihnen ‚reinen Wein einschenkte‘, über die Wirklichkeit des Krieges. Ich bestand auf der alleinigen Befehlsgewalt. Ich habe die Ernennungen durchgeführt.“ Ernesto Che Guevara, *Bolivianisches Tagebuch*, München 1968, S. 38.

²⁷⁾ Wilfried Hofmann, *Meinungsbildung durch Terror*, „Wehrkunde“, München, 17. Jg., Nr. 11, Nov. 1968, S. 569—571 (Eine Auswertung von persönlichen Eindrücken während des algerischen Unabhängigkeitskampfes).

²⁸⁾ Vgl. Sebastian Haffner, *Der neue Krieg*, Einleitung zu: Mao Tse-tung, *Theorie des Guerillakrieges oder Strategie der Dritten Welt*, Reinbek 1966, S. 22.

²⁹⁾ Zur Kritik siehe Mulford Sibley, *Violence and Revolution*, „Peace News“ (Wochenzeitung), London, 30. 4. 1965.

stisch durchsetzen und die politische Führung übernehmen, so werden die Spitzen dieser „Befreiungsbewegung“ unkontrollierte Macht in ihren Händen haben. Es ist höchstwahrscheinlich, daß sie unter Berufung auf einen — im Anschluß an gewaltsame Auseinandersetzungen meist vorhandenen — Notstand „vorläufig“ die unkontrollierte Macht auch in ihren Händen behalten.

Als Kenneth Kaunda, der spätere Ministerpräsident von Sambia, im März 1963 gefragt wurde, warum er sich den algerischen Befreiungskrieg nicht zum Vorbild nehme, erklärte er: „Wenn wir gewaltsam kämpfen würden und in ein oder zwei Jahren das durchsetzten, was wir wünschten, so hätten wir den Samen des Zweifels in unser Land gesät. Diejenigen, welche nicht mit uns übereinstimmen, hätten ein Vorbild politischen Verhaltens. Sie würden versuchen, einen Umsturz zu organisieren . . . Die Geschichte zeigt zu mehreren Malen, daß die Methode, die einer anwendet, um ein Ziel zu erreichen, oft genau die Methode ist, mit der andere Leute versuchen, ihm die Macht zu entreißen.“³⁰⁾ Es erübrigt sich fast, darauf hinzuweisen, daß Kaunda sich bis heute das Vertrauen und die Mitarbeit seines Volkes erhalten konnte³¹⁾, während Ben Bella von seinen Waffengefährten von der politischen Bühne verdrängt wurde.

Gewaltanwendung und Geheimhaltung führen unweigerlich zu Mißtrauen, Korruption und Brutalität in einer Kampforganisation. Ein wichtiges Zeugnis für solche Prozesse sind die Memoiren von Vera Figner, einem Mitglied der russischen Terroristenorganisation „Narodnaja Wolja“, die zwar auf die Solidarität und heroische Opferbereitschaft in kleinen revolutionären Kampfgruppen hinweist, dann aber doch nicht verschweigt: „Gewalt als Mittel des politischen Kampfes ruft Verrohung hervor, weckt Raubtierinstinkte, veranlaßt zu schnödestem Vertrauensbruch.“³²⁾ Der farbige Südafrikaner Can Themba warnt angesichts der Alternative Guerillakrieg oder gewaltfreie,

konstruktive Aktion³³⁾ vor den Spätfolgen revolutionärer Gewaltanwendung: „Das Ungute an der Gewalt ist, daß sie mich selbst brutal macht und dabei gerade das verrotten läßt, was sie erreichen möchte. Und außerdem hinterläßt sie eine blutige Erbschaft. Wenn wir Afrikaner eine Generation unserer Kinder in der Tradition der Gewalt aufziehen, so werden sie innerhalb eines Menschenalters selber wieder zu Urhebern neuer Gewalt. Und sie wird es späteren Generationen schwer machen, den tieferen Wert des Friedens anzuerkennen.“³⁴⁾

Diese Verlängerung des Blicks in die Zukunft, der Hinweis auf die Neben- und Fernwirkungen gewaltfreier und gewaltsamer Maßnahmen war Gandhis wichtigste pädagogisch-revolutionäre Aufgabe. Sein erzieherisches Ziel war es, möglichst viele Menschen zu gewinnen, sich zunächst versuchsweise auf ein Experiment der gewaltfreien Aktion einzulassen und schließlich einen Bund von Menschen zu bilden, die nicht nur in offensichtlich erfolgversprechenden, sondern selbst in unübersichtlichen, ja verzweifelten Situationen mit gewaltfreien Methoden um eine gerechte Lösung des Konfliktes kämpfen würden; er nannte diesen harten Kern seiner Befreiungsbewegung „Satyagrahis“, zu deutsch gewaltfreie Berufsrevolutionäre. Gandhi versprach sich von diesem unbedingten Entschluß, keinem Andersdenkenden gewaltsam zu begegnen, eine die Phantasie befreiende Wirkung. „Ohne ein festes Zutrauen zur gewaltfreien Aktion wird er (der Aufständische — Th. E.) im kritischen Moment nicht fähig sein, einen gewaltfreien Ausweg zu entdecken.“³⁵⁾

Die psychologische Grundsituation eines Satyagrahi läßt sich wohl am besten placieren zwischen dem Jesus-Wort „In der Welt habt Ihr Angst; aber seid getrost, ich habe die Welt überwunden“³⁶⁾ und den Sgraffito der Pariser Mai-Revolte des Jahres 1968 „Die Phantasie an die Macht“³⁷⁾. Die Furchtlosigkeit des gewaltfreien Berufsrevolutionärs sollte in seinem Glauben an die erlösende Kraft freiwilligen

³³⁾ Zur Problematik der gewaltfreien Aktion in Südafrika siehe: Albert Luthuli, Mein Land, mein Leben, München 1963.

³⁴⁾ C. Themba, Zwielficht, in: Freimut Duve, Hrsg., Kap ohne Hoffnung oder die Politik der Apartheid, Reinbek 1965, S. 150.

³⁵⁾ „Young India“ 27. 6. 1930, zit. in: G. Dhawan, The Political Philosophy of Mahatma Gandhi, Ahmedabad 1957, S. 221.

³⁶⁾ Johannes 16, 33.

³⁷⁾ Vgl. Malte J. Rauch u. Samuel H. Schirmbeck, Die Barrikaden von Paris. Der Aufstand der französischen Arbeiter und Studenten, Frankfurt 1968.

³⁰⁾ Kenneth Kaunda, The Threat of Violence in Africa (Interview), „Peace News“, 5. 4. 1963.

³¹⁾ Vgl. auch seine Rede auf der Vierten Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen in Uppsala: K. Kaunda, Die reichen und die armen Nationen, „Junge Kirche“, Dortmund, 29. Jg., Nr. 11/1968, S. 618—631.

³²⁾ V. Figner, Nacht über Rußland. Lebenserinnerungen, Halle 1957, S. 156.

Leidens und sein Wagemut in der Hoffnung auf die unerschöpflichen Möglichkeiten mit gewaltfreien Mitteln „Macht von unten“³⁸⁾ zu entfalten, gründen. „Ein Soldat kämpft dann

mit unwiderstehlicher Kraft, wenn er die Brücken hinter sich gesprengt und die Boote verbrannt hat. Genau so ist es mit dem Soldaten der gewaltfreien Aktion.“³⁹⁾

Kampfkraft der gewaltfreien Aktion

Wer wie Nkrumah in der gewaltfreien Aktion zunächst nur ein „äußerst schwaches Mittel“ sieht, der muß überrascht sein von Gandhis These, daß diese Aktionsform nicht etwa nur eine Vorstufe der gewaltsamen Revolution sei, die häufig schon zum Erfolg führe, sondern „ein vollwertiger Ersatz für den bewaffneten Aufstand“ selbst⁴⁰⁾. Die unterschiedliche Bewertung der Kampfkraft gewaltfreier Aktionen und deren Unterschätzung in der deutschen Öffentlichkeit rührt daher, daß man sie mit legalen Protestaktionen identifiziert, bei denen die Teilnehmer kein großes Risiko eingehen und die Presse mit „Drei-Zeilen-Meldungen“ reagiert⁴¹⁾. Gandhi sah für gewaltfreie Aktionen jedoch eine ganze Eskalationsleiter von Kampfmaßnahmen, die legale und illegale Aktionen einschloß und die von Protestaktionen über die gewaltfreie Nicht-Zusammenarbeit bis zum zivilen Ungehorsam reichte. Die Einsatzbereitschaft, die Gandhi von Satyagrahis forderte, war zwar wohlkalkuliert, jedoch grundsätzlich grenzenlos; er meinte, ein Satyagrahi müßte alle seine Güter und sein Leben einsetzen, wenn es um eine gerechte Sache ginge. Diese grenzenlose Einsatzbereitschaft machte Gandhi glaubwürdig; sie war das Motiv für den Respekt, mit dem ihm seine etablierten Gegner und die gewaltsamen Revolutionäre begegneten. Die gewaltfreie Aktion

kann nämlich nur dann „ein vollwertiger Ersatz für den bewaffneten Aufstand“ sein, wenn ihre Träger den gewaltsamen Revolutionären an Aktivität und Opferbereitschaft in nichts nachstehen. Diese Bedingung war im Unabhängigkeitskampf Indiens erfüllt, und sie ist es in der Bürgerrechtskampagne in den USA, aber bei den Befürwortern der Gewaltfreiheit in der deutschen Demokratisierungsbewegung steht der theoretische Anspruch häufig in einem deutlichen Mißverhältnis zum praktischen Engagement, und die Propagierung gewaltfreier Aktionen wird darum zuweilen zu Recht als Abweigelungsversuch zu entlarven gesucht.

In gewaltfreien Aufständen, die Ersatz und nicht Vorspiel revolutionärer Befreiungskriege sein wollen, kommen zu den Protestdemonstrationen auch Zwangsmittel wie die organisierte Zusammenarbeit, die von der Niederlegung von Ehrenämtern bis zum Generalstreik oder zum umfassenden Boykott ausgewählter Waren oder bestimmter Geschäfte führen kann. Das stärkste Kampfmittel der gewaltfreien Aktion ist dann der zivile Ungehorsam oder die zivile Usurpation, bei der bestimmte Gesetze einer Regierung oder der Regierungsanspruch überhaupt demonstrativ mißachtet werden. Gandhi nannte hier als „eine der schnellsten Methoden, eine Regierung zu stürzen“, die Steuerverweigerung⁴²⁾. Martin Luther King konzipierte als weiteres Kampfmittel des zivilen Ungehorsams die Blockierung von Stadtzentren durch Tausende von Sitzstreikenden: „Eine Stadt lahmzulegen, ohne sie zu zerstören, kann wirksamer sein als ein Aufruhr, weil eine solche Lahmlegung länger dauern kann und die Gesellschaft teuer zu stehen kommt, ohne blind zerstörerisch zu wirken ... Eine sich solcher Methoden bedienende Bewegung würde, ohne ein Streichholz anzuzünden oder einen Schuß zu feuern, wie ein Erdbeben wirken.“⁴³⁾

³⁸⁾ So erklärte Martin Luther King am 2. 4. 1967 in einem Interview mit der „New York Times“: „Was wir jetzt brauchen, ist Macht von unten, um Druck ausüben zu können, damit diese Programme (sc. zur völligen Gleichstellung der Neger) endlich realisiert werden, damit sie unserem Alltag Wirklichkeit werden, und das nicht nur auf dem gesetzlich vorgeschriebenen Wege. Wir müssen alle nur möglichen Schritte unternehmen, um sie durchzusetzen. Das bedeutet natürlich harte Kleinarbeit. Wir müssen die Mieter organisieren, die Wohlfahrtsempfänger, die Arbeitslosen und die Kurzarbeiter ...“

³⁹⁾ „Harijan“ 24. 6. 1939, zit. in: G. Dhawan, a. a. O., S. 130.

⁴⁰⁾ M. K. Gandhi, Constructive Programme. Its Meaning and Place, Ahmedabad 1945, S. 4.

⁴¹⁾ Vgl. Rolf Niemann, Sitzprotest des ‚Komitees der 100‘ vor der Griechischen Militärmission, in: Th. Ebert und H.-J. Benedict, Hrsg., Macht von unten, S. 168.

⁴²⁾ Non-Payment of Taxes, „Young India“ 19. 1. 1922, in: M. K. Gandhi, Satyagraha (Non-violent Resistance), Ahmedabad 1951, S. 140.

⁴³⁾ M. L. King, Die Krise in Amerikas Städten, in: Th. Ebert und H.-J. Benedict, Hrsg., Macht von unten, S. 43—44.

Während mit Sitzblockaden auch militante Minderheiten Druck ausüben können — und Gandhi war kein genereller Befürworter studentischer Sit-ins⁴⁴⁾ — ist der Generalstreik ein Mittel, das der Unterstützung der Mehrheit bedarf. Gandhi hat nur zu eintägigen Generalstreiks (Hartal) aufgerufen, um zu Beginn von großen Kampagnen einen Solidarität demonstrierenden Auftakt zu haben. Im übrigen war er sich darüber im klaren, daß ein Generalstreik — wie vielleicht auch die Lähmung einer Stadt durch eine Sitzblockade — sich gegen die Streikenden selbst wenden kann, die sich und andere von der Zulieferung lebenswichtiger Güter abschneiden.

Um diesen Nachteil auszugleichen, wurden auch schon von Gandhi in indischen Agrarkampagnen, in noch stärkerem Maße aber von Danilo Dolci in Sizilien, in der italienischen und französischen Arbeiterbewegung und zur Zeit in einigen Studentenkampagnen Methoden des „aktiven“ oder „umgekehrten“ Streiks entwickelt⁴⁵⁾, die man auch als „zivile Usurpation“ bezeichnen könnte; die Aufständischen legen dabei die bestreikten Institutionen nicht einfach lahm, sondern übernehmen sie mit einem konstruktiven Programm und gemäß demokratischen Verhaltensregeln in eigener Regie. Die zivile Usurpation bedarf jedoch der sorgfältigen organisatorischen Vorbereitung, sonst gleitet sie wie viele studentische „Instituts- und Universitäts-Besetzungen“ in Bürgerkriegsspiele ab, in denen „befreite Territorien“ gegen den Zugriff der Polizei durch Barrikaden und Wurfgeschosse verteidigt werden⁴⁶⁾. Die

⁴⁴⁾ Joan V. Bondurant, *Conquest of Violence. The Gandhian Philosophy of Conflict*, Princeton, New Jersey 1958, S. 43.

J. V. Bondurant, *Satyagraha versus Duragraha. The Limits of Symbolic Violence*, in: G. Ramachandran and T. K. Mahadevan, eds., *Gandhi. His Relevance for our Times*, Bombay: Bharatiya Vidya Bhavan, 1964, S. 67—81.

⁴⁵⁾ Ein mustergültiger „aktiver Streik“ war die illegale Arbeitsbeschaffung durch Straßenbau in Sizilien im Januar und Februar 1956. Danilo Dolci, *Banditen in Partinico*, Freiburg 1962, S. 211—249.

⁴⁶⁾ Vgl. Jürgen Habermas, *Die Scheinrevolution und ihre Kinder. Sechs Thesen über Taktik, Ziele und Situationsanalysen der oppositionellen Jugend*, in: *Die Linke antwortet Jürgen Habermas*, Frankfurt 1968, S. 12—15. Die Hoffnungslosigkeit der territorialen Verteidigungstechniken wurde im Januar 1968 beim Kampf um die Universität von Tokio deutlich, auch wenn die Einpeitscher der revolutionären Gewalt im Stil des Nibelungenliedes von einem „heroischen letzten Gefecht“ berichteten: Michael Glaser, *Mit Salzsäure gegen Polizisten. Bürgerkrieg an Japans Universitäten*, „konkret“ Nr. 5, 24. 2. 1969, S. 43—45.

gewaltfreie zivile Usurpation baut allein auf den Anpassungsdruck, der von den wie selbstverständlich ausgeübten neuen sozialen Rollen ausgeht, und auf die Unmöglichkeit, massenhafte Usurpationen nur durch Sanktionen zu unterdrücken.

Gandhi ist vor radikalen Maßnahmen nicht zurückgeschreckt, hat jedoch seinen Landsleuten eingeschärft, daß nur wirklich „ziviles“ Verhalten Überzeugungskraft besitze und den konstruktiven Anpassungsdruck ausübe. Nach der Ermordung mehrerer Polizisten durch aufgebrauchte Inder im Februar des Jahres 1922 sah er sich gezwungen, dieses „zivile“ Verhalten als „höflich, wahrheitsliebend, bescheiden, klug, hartnäckig, doch wohlwollend, nie verbrecherisch und haßerfüllt“ zu präzisieren⁴⁷⁾. Die Sit-ins der amerikanischen Neger in rasengetrennten Restaurants, in denen sie Bedienung verlangten, haben sich genau an diese Vorschriften gehalten — und damit auf diesem begrenzten Sektor auch unbestreitbare Erfolge erzielt⁴⁸⁾. Wenn die deutschen Studenten sich bei ihren Go-ins in Vorlesungen, Seminaren und Gottesdiensten und bei den Instituts- und Rektoratsbesetzungen genau an Gandhis Vorstellungen eines zivilen Auftretens gehalten hätten, wäre es konservativen Professoren und Pfarrern und der Administration sehr viel schwerer gefallen, die öffentliche Meinung gegen solchermaßen hartnäckige, aber immer höfliche Reformer zu mobilisieren.

Eine zivile Usurpation soll nicht nur das bisherige ungerechte System hindern, weiter zu funktionieren, sondern auch schon sichtbar machen: die gewaltfreien Aufständischen wollen kein Chaos, sie haben vielmehr präzise Vorstellungen einer funktionierenden Alternative. Gandhi hat nachdrücklich vor bloß paralyisierenden Kampfmaßnahmen gewarnt: „Der zivile Ungehorsam ist ein Stimulans für die Kämpfer und eine Herausforderung für die Gegner ... Ohne die Mitarbeit von Millionen bei konstruktiven Bemühungen bleibt er jedoch im bloßen Abenteuertum (mere bravado) stecken und ist schlimmer als nutzlos.“⁴⁹⁾

⁴⁷⁾ Das Verbrechen von Chauri-Chaura, „*Young India*“ 16. 2. 1922, in: *Mahatma Gandhi, Jung Indien*, a. a. O., S. 421.

⁴⁸⁾ Th. Ebert, *Gewaltfreier Aufstand*, S. 238—246 und S. 306—310.

⁴⁹⁾ M. K. Gandhi, *Constructive Programme*, a. a. O., S. 35.

Der Hinweis auf die Kampfkraft gewaltfreier Aktionen wäre realitätsfremd, wenn er nicht durch Überlegungen über die Sanktionen der Gegner und den Möglichkeiten, diesen zu begegnen, ergänzt würde. Der Rechtsanwalt Gandhi hat seinen Mitkämpfern zu Beginn von gewaltfreien Kampagnen immer möglichst präzise „Kostenvoranschläge“ zu machen versucht, wobei er grundsätzlich eher dazu neigte, die erforderliche Opferbereitschaft zu hoch als zu niedrig zu veranschlagen. Diese verantwortliche Kalkulation der Risiken vermißt man heute bei den studentischen Aktionen nicht nur in der Bundesrepublik, sondern — mit Ausnahme der Protestaktionen in den Ostblockstaaten — in der ganzen Welt. Zu vielen der Aktionen der außerparlamentarischen Opposition — insbesondere den sich hart am Rande der Gewalt bewegenden — wäre es nie gekommen, wenn die Sanktionen des „Establishments“ richtig einkalkuliert worden wären.

Die Justizapparate, mit denen Gandhi sich in Südafrika und Indien konfrontiert sah, waren noch um einige Grade sanktionsfreudiger und vorbeugegläubiger als die entsprechenden Institutionen in den westlichen Demokratien. Wenn er darum trotz nüchternen Kalküls des Risikos zu illegalen Protestmärschen, zur Steuerverweigerung, zu Streik und zum revolutionären zivilen Ungehorsam aufrief und immer darauf bestand, daß man den Sanktionen sich nicht gewaltsam widersetzen dürfe, hatte das Gründe. In den letzten Jahren wurden diese Gründe nur in der Bürgerrechtsbewegung um Martin Luther King⁵⁰⁾ oder in der Atomwaffengegnerbewegung um Bertrand Russell⁵¹⁾ reflektiert. In der außerparlamentarischen Opposition der Bundesrepublik und ihrer „Justizkampagne“ wurden und werden sie fast nie beachtet. Eine Ausnahme bildete allenfalls der Sitzprotest des „Komitees der 100“ vor der Griechischen Militärmission in Berlin am 3. Februar 1968, in dessen Vorankündigung vom 15. Januar davon gesprochen worden war, daß die Teilnehmer bereit sein müßten, „zivilen Ungehorsam zu leisten und notfalls die Solidarität mit Griechenland durch

⁵⁰⁾ M. L. King, Warum wir nicht warten können, Frankfurt 1965, S. 41.

⁵¹⁾ Christopher Driver, The Disarmers. A Study in Protest, London 1964, S. 162—170.

den Gang ins Gefängnis unter Beweis zu stellen“⁵²⁾.

Gandhi wie auch Martin Luther King sahen der Konfrontation mit den Sanktionen der Herrschenden in dem Bewußtsein entgegen, daß freiwillige, ohne Haß getragene Opfer der Aufständischen für alle von dem Konflikt Betroffenen eine emanzipatorische Wirkung haben würden. Gandhi hatte die Erfahrung gemacht, daß man als Politiker nicht nur den Verstand, sondern auch das Gefühl ansprechen müsse. So wurde er von den englischen Kolonialherren zwar in vielfacher Hinsicht diffamiert, aber nie kam einer der englischen Vizekönige auf die Idee, ihn als „kaltschnäuzigen Revolutionär“ zu bezeichnen⁵³⁾. Gandhi wußte um den Wahrheitsgehalt des alten Sprichwortes: „Nur wer die Herzen bewegt, bewegt die Welt.“ Er verlangte die nüchterne Analyse eines Konfliktes, aber er wollte auf keinen Fall auf die moralische und emotionale Dimension einer Kampagne verzichten. „Ich habe herausgefunden, daß der bloße Appell an die Vernunft überall da keinen Widerhall findet, wo die Vorurteile jahrhundertealt sind oder auf vermeintlicher Autorität beruhen. Die Vernunft muß durch Leiden gestärkt werden, und Leiden öffnet die Augen zum Verstehen.“⁵⁴⁾

Diese kalkulierte Leidensbereitschaft wird von gewaltsamen Revolutionären häufig als „Masoichismus“ abgetan. In Wirklichkeit haben gewaltfreie Aufständische um Gandhi, King oder Russell vor Gericht ihre Handlungsweise höflich und hartnäckig begründet — und von den Richtern und Staatsanwälten die persönliche Unterstützung ihrer Bewegungen gefordert⁵⁵⁾. In gewaltfreien Bewegungen wurden auch die zur Verfügung stehenden Rechtsmittel erschöpft, und nie hat sich ein Angeklagter bemüht, eine hohe Strafe zu provozieren, oder sich hinterher als Märtyrer gebärdet. Durch ihre Bereitschaft, auch ungerechte Sanktionen zu ertragen, wollten sie den Herrschenden und

⁵²⁾ Rolf Niemann, Sitzprotest des ‚Komitees der 100‘ vor der Griechischen Militärmission, a. a. O., S. 138.

⁵³⁾ So Bundeskanzler Kiesinger über die radikalen Studenten vor der CDU-Frauenvereinigung am 17. 1. 1969 in Bad Godesberg, Süddeutsche Zeitung 18./19. 1. 1969.

⁵⁴⁾ „Young India“ 19. 3. 1925, in: M. K. Gandhi, Sarvodaya, a. a. O., S. 84.

⁵⁵⁾ Emil Roniger, Hrsg., Mahatma Gandhis Leidenszeit, Zürich 1925 (Dokumente zu Gandhis Verhalten vor Gericht und im Gefängnis).

der beobachtenden Öffentlichkeit nur deutlich machen, daß es ihnen nicht um Vergeltung für vergangene Ausbeutung, Unterdrückung oder Bevormundung gehe, sondern allein um ein neues, gerechteres System.

Demonstranten, die bei gewaltsamen Übergriffen der Polizei oder rechts-extremer Gruppen der Bevölkerung nicht von ihrem (oft juristisch schwer nachweisbaren) Notwehrrecht Gebrauch machen, versuchen durch ihre Selbstdisziplin und ihre Opferbereitschaft, einer vielfach manipulierten Bevölkerung zu signalisieren, daß sie keine verantwortungslosen Chaotiker⁵⁶⁾ sind, sondern nur die bestehende Ordnung, nicht aber die Ordnung überhaupt, ablehnen. Setzen sich Demonstranten gegen Sanktionen zur Wehr, so ist es bei den Verbindungen zwischen dem Establishment und den Massenkommunikationsmitteln und der oft obrigkeitsstaatlichen Gesinnung weiter Teile der Bevölkerung überaus wahrscheinlich, daß die Öffentlichkeit meint, in den Demonstranten die Angreifer sehen zu müssen. Kündigung Demonstranten dagegen eine unbedingt gewaltfreie, direkte Aktion an, haben nicht sie ihre Notwehrsituation, sondern die Regierenden in der Öffentlichkeit die Verhältnismäßigkeit ihrer Mittel nachzuweisen. Aus diesen Gründen hat Gandhi die Satyagrahis Verpflichtungen zum gewaltfreien Verhalten unterzeichnen lassen, und auch in der Bürgerrechtsbewegung in den USA, in der

englischen Atomwaffengegner-Bewegung und im „Komitee der 100“ in Berlin wurden solche Verpflichtungen unterschrieben⁵⁷⁾.

Diese Bereitschaft zum freiwilligen Leiden, so kalkuliert sie auch sein mag, hat letztlich doch die Überzeugung zur Voraussetzung, daß es besser ist, selbst zu leiden, als andere leiden zu lassen, selbst zu sterben, als andere zu töten. Rational läßt sich eine solche Haltung wahrscheinlich nicht einsichtig machen. Es ist eine existentielle Grundentscheidung, die nur im Wagnis des Glaubens an die erlösende Kraft des Leidens, an die Theologie des Kreuzes erfolgen kann. Häufig halten sich die Sanktionen in Grenzen, so daß diese Entscheidung nicht allen in aller Deutlichkeit abverlangt wird. Gandhi meinte jedoch in späteren Jahren — nach manchen Enttäuschungen —, zwischen der „Gewaltlosigkeit der Schwachen“ und der „Gewaltlosigkeit der Starken“ unterscheiden zu müssen⁵⁸⁾; in deutscher Sprache hat man ein „gewaltfreies“ Verhalten von einem „gewaltlosen“ abzuheben versucht. Die „Gewaltlosigkeit der Starken“ bzw. die „Gewaltfreiheit“ basiert auf dem Wagnis des Glaubens an die emanzipatorische Kraft des Leidens; die „Gewaltlosigkeit der Schwachen“ dagegen ist situationsbedingt, und sie beruht nicht auf religiösen oder humanistischen Überzeugungen, sondern auf der spontanen Einsicht, daß die Kräfte fehlen, den Gegner gewaltsam niederzukämpfen.

Gandhis Modifizierung des Klassenkampfes

Gandhi hat das Element des Opfers in seinen Kampagnen mehr betont als den Druck, den die gewaltfreien Aktionen der Satyagrahis ausübten. Er wußte, daß seine Gegner durch freiwilliges Leiden allein nicht zu überzeugen waren; durch Nichtzusammenarbeit und zivile Usurpationen mußten erst neue Machtverhältnisse geschaffen werden. Das freiwillige Leiden hatte dann eine doppelte Funktion: Einerseits sollte es beim Gegner emotionale Barrieren gegen

eine Veränderung der sozialen Strukturen durchbrechen, und andererseits sollte es emotionale Hemmungen gegen eine volle Anwendung aller Sanktionsmittel aufbauen. Überzeugung (conversion) und Zwang (coercion) sind also beides unverzichtbare Bestandteile einer gewaltfreien Kampagne. Verläßt sich eine Kampagne allein auf das Moment der Überzeugung, läuft sie Gefahr, das Beharrungsinteresse der Herrschenden zu unterschätzen und in naiven Appellen zu versanden; baut eine Kampagne allein auf die Zwangsmittel der gewaltfreien Aktion, läuft sie umgekehrt Gefahr, unversehens zum Freund-Feind-Denken überzugehen, das die Politik als ein Null-Summen-Spiel begreift. Man nimmt dann an,

⁵⁶⁾ Der häufig in diesem Zusammenhang gebrauchte Ausdruck „Anarchist“ ist unangemessen. Das Ziel der Anarchisten ist nicht die Beseitigung von Ordnung und Organisation, sondern die Beseitigung von Herrschaft. Zu den „anarchistischen Elementen in Gandhis politischen Konzeptionen“ siehe: J. V. Bondurant, *The Conquest of Violence*, a. a. O., S. 172—188. Von den europäischen, organisationsbehahenden Anarchismusinterpretationen kommt Gandhi am nächsten: Daniel Guérin, *Anarchismus. Begriff und Praxis*, Frankfurt 1967.

⁵⁷⁾ R. Niemann, a. a. O., S. 152.

⁵⁸⁾ G. Dhawan, *The Political Philosophy of Mahatma Gandhi*, S. 126—130.

daß der eigene Vorteil immer einem gleich großen Nachteil des Gegenspielers entsprechen müsse. „Überzeugen“ heißt aber, ihm klar machen, daß die konstruktiven Alternativen der Aufständischen auch in seinem Interesse als eines die Emanzipation suchenden Wesens sind.

Mit der Entdeckung des freiwilligen Leidens als Faktor der revolutionären Veränderung hat Gandhi die marxistische Klassenkampftheorie in schöpferischer Weise fortgeführt und überwunden. Er sah die Rollenzwänge, denen die Herrschenden in einer kapitalistischen Gesellschaft ausgesetzt sind; er fixierte sie jedoch nicht auf eine bestimmte historische Charaktermaske. Er haßte seine Gegner nicht, weil er zwischen dem bekämpften politischen System und der geschätzten Person des Gegners zu unterscheiden gelernt hatte. In einem offenen Brief schrieb er im Juli 1921 an die Engländer in Indien: „Ich habe gefunden, daß der Mensch mehr wert ist als das System, das er entwirft. Und so weiß ich denn auch, daß ihr als einzelne genommen unendlich besser seid als das System, das Ihr als Gesamtheit entwickelt ... Hier in Indien gehört jeder einem System an, dessen Niederträchtigkeit gar nicht zu beschreiben ist. Es ist mir deshalb möglich, das System in den schärfsten Ausdrücken zu ver-

urteilen, ohne Euch deshalb für schlecht zu halten und ohne jedem Engländer schlechte Absichten zu unterschieben. Ihr seid ebenso sehr Sklaven des Systems wie wir.“⁵⁹⁾

Die Strategie Gandhis zielte darauf ab, mit gewaltfreien Kampfmaßnahmen das unrechte System funktionsunfähig zu machen und gleichzeitig eine konstruktive Alternative anzubieten. Die Veränderung der Umwelt durch Nichtzusammenarbeit und zivile Usurpationen sollte für die angeblichen Charaktermasken neue Rollen schaffen, die sie unter Druck und Appell ergreifen konnten. Daß sich eine solche Umfunktionierung sozialer Institutionen nicht schlagartig, sondern zögernd und in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen mit unterschiedlicher Intensität vollzieht, versteht sich von selbst. Diese neue Form des gewaltfreien Klassenkampfes beziehungsweise die Überwindung der Klassengesellschaft ist nicht als ein revolutionärer Coup, sondern als „langer Marsch durch die Institutionen“ (Rudi Dutschke) zu begreifen⁶⁰⁾. André Gorz⁶¹⁾, Knut Nevermann⁶²⁾ und Ossip K. Flechtheim⁶³⁾ haben in diesem Sinne eine langfristige Strategie „systemüberwindender Reformen“ zu entwickeln gesucht, die durch gewaltfreie direkte Aktionen in Gang gebracht und beschleunigt werden.

Gandhi und die außerparlamentarische Opposition

Die Rebellion der Studenten, Schüler und jungen Arbeiter, die nach dem 2. Juni 1967 so vehement in der Bundesrepublik einsetzte, schwankt in ihren Methoden zwischen Martin Luther King und Che Guevara. Einerseits orientiert sie sich in ihren Kampftechniken an der amerikanischen Bürgerrechts- und Studentenbewegung⁶⁴⁾, die viel von Gandhi gelernt hat, und andererseits versucht sie, diese Kampftechniken im Rahmen der Klassenkampftheorie des 19. Jahrhunderts oder jüngster Guerillakonzepte einzusetzen⁶⁵⁾. Werden aber die gewaltlosen Kampftechniken eines Gandhi oder King in den Rahmen gewaltsamer Revolutionstheorien eingefügt, können sie keine Erfolge zeitigen. Da die Wirkung der gewaltfreien Aktion auf der Kombination von Zwang und Überzeugung beruht, sind die gewaltlosen Techniken ohne den permanenten Versuch zum zuweilen äußerst schwierigen Dialog mit dem Gegner und ohne die Sympathiewerbung in der Öffentlichkeit zum Scheitern verurteilt.

Einzelne Studentengruppen, vor allem aus den evangelischen und katholischen Studentengemeinden, dem Liberalen Studentenbund und dem Sozialdemokratischen Hochschulbund, ha-

⁵⁹⁾ An die Engländer in Indien (II), „Young India“ 13. 7. 1921, in: Mahatma Gandhi, Jung Indien, a. a. O., S. 313.

⁶⁰⁾ Vgl. Th. Ebert, Die außerparlamentarische Opposition und die gewaltfreie Macht, in: Th. Ebert und H.-J. Benedict, Macht von unten, a. a. O., S. 124—130.

⁶¹⁾ André Gorz, Zur Strategie der Arbeiterbewegung im Neokapitalismus, Frankfurt 1967.

⁶²⁾ Knut Nevermann, Zur Strategie systemüberwindender Reformen, in: Sozialdemokratie und Sozialismus heute, Köln 1968.

⁶³⁾ Ossip K. Flechtheim, Westdeutschland am Wendepunkt, Berlin 1967.

⁶⁴⁾ Th. Ebert, Dissonanzen in der Strategie der studentischen Rebellion, „Neue Sammlung“, Göttingen, 8. Jg., H. 6, Nov./Dez. 1968, S. 601—608.

⁶⁵⁾ Sven G. Papke, Che Guevara und die Neue Linke in der Bundesrepublik. Chronik einer psychopolitischen Jüngerschaft, in: Heinz Rudolf Sonntag, Hrsg., Che Guevara und die Revolution, Frankfurt 1968, S. 99—124.

ben seit dem 2. Juni immer wieder versucht und versuchen es noch, mit einer bewußt gewaltfreien Strategie soziale Wandlungen herbeizuführen. In der Vergangenheit haben sie sich mit ihren Argumenten auch zumindest so weit durchsetzen können, daß die „emanzipatorische Gewaltanwendung“ Ausnahmeerscheinung blieb. Dies galt bis zum Attentat auf Rudi Dutschke am Gründonnerstag 1968. Bei den dann folgenden Demonstrationen brannten in einigen, keineswegs aber in allen Städten der Bundesrepublik die argumentativen Sicherungen gegen die Gewalt erstmals durch.

Die Aktionen gegen die Notstandsgesetze waren dann wieder weit disziplinierter als die Osterdemonstrationen. Die Enttäuschung über den unzulänglichen Erfolg der Demonstrationen gegen die Notstandsgesetze war groß. Sie mußte es sein, weil die Notstandsgesetze mit Agitprop-Methoden dem Ermächtigungsgesetz gleichgesetzt wurden und weil die Situation nach der Verabschiedung der Notstandsgesetze von den Chief Whips der Protestierenden nicht öffentlich erörtert worden war⁶⁶⁾.

Das Versäumnis der auch vom damaligen Justizminister Heinemann befürworteten Amnestie, die Erbitterung über die im Herbst 1968 verstärkteinsetzenden Gerichtsverfahren und die fehlende Reformbereitschaft an den Universitäten führten schließlich dazu, daß die gewalttätig-militanten Gruppen auf die Mehrheitsverhältnisse in der außerparlamentarischen Opposition und die Unterstützung der Liberalen keine Rücksicht mehr nahmen, sondern isoliert agierten. Das Durchschnittsalter ihrer Anhänger lag dann im Winter 1968/69 um etwa drei bis fünf Jahre niedriger als das Alter der Demonstranten beim Trauerzug für Benno Ohnesorg.

Diese Entwicklung läßt sich zumindest in Berlin und wahrscheinlich auch in Frankfurt und einigen weiteren Universitätsstädten nicht mehr rückgängig machen. Es dürfte in diesen Städten für Befürworter von Gandhis Strategie der sozialen Veränderung heute, im Frühjahr 1969, ziemlich aussichtslos sein, in studentischen Versammlungen oder auf irgendwelchen Koordinierungssitzungen von Organisationen der außerparlamentarischen Opposition sich für eine Strategie der gewaltfreien, direkten Aktion einzusetzen. Auch wenn sie Gehör finden

⁶⁶⁾ Th. Ebert, Strategie der außerparlamentarischen Opposition im Notstandsstaat, „Junge Kirche“, 9. Jg., Nr. 9, Sept. 1968, S. 518—523.

sollten, wird dies doch kaum verhindern, daß bei der nächsten Konfrontation mit der Polizei oder im Anschluß an eine gewaltlose Demonstration die militant-gewalttätigen Gruppen wieder auf eigene Faust handeln und der Presse die Schlagzeilen liefern werden.

Unter diesen Bedingungen ist es für die Befürworter von Gandhis Konzeption der direkten Aktion eine Verschwendung der beschränkten Energien, wenn sie weiter versuchen, auf Demonstrationen und Kampagnen, die gerade auch die militant-gewaltsamen Gruppen anziehen, Einfluß zu gewinnen, um einen gewissen Erfolg zu sichern und „das Schlimmste zu verhüten“. In einigen Städten der Bundesrepublik ist es für die gewaltfreien Aktiven notwendig, ihre Eigenständigkeit unter Beweis zu stellen und dabei den Avantgarde-Mythos des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes auf seinen realen historischen Gehalt hin zu konkretisieren und zu relativieren. Die gewaltfreien Aktiven werden in nächster Zeit gemäß eigenen Analysen und nach eigenen Plänen handeln müssen. Sie werden ferner zu Aktionsformen greifen müssen, die sich von ungebeten militant-gewaltsamen Hilfsgruppen nicht „umfunktionieren“ lassen.

Dieses neue Vorgehen verlangt, daß die gewaltfreien Aktiven vorläufig möglichst wenig auf die Straße gehen, und wo dies unvermeidlich ist, allenfalls ausgesuchte, im gewaltfreien Widerstand trainierte Leute es auf eine Konfrontation mit der Polizei ankommen lassen. Größere Umzüge und Massensitzproteste entfallen vorläufig als Kampfmittel. Bevorzugt können angewendet werden: das direkte Gespräch und die Mahnwache, das politische Happening und auch der Hungerstreik, der in der Bundesrepublik verschiedentlich kurzfristig versucht, aber noch keinem echten Test auf seine Wirksamkeit unterzogen wurde. Auch der zivile Ungehorsam und die zivile Usurpation durch ausgewählte Freiwillige sind möglich. Auf jeden Fall sollten spektakuläre direkte Aktionen durch konstruktive Vorschläge ergänzt werden, also durch Dokumentationen, Gutachten und Pläne funktionierender Alternativen.

Es wird sich beim Aufbau einer Bewegung für eine gewaltfreie, soziale Demokratie des „Sarvodaya“ zunächst nur um Kaderaktionen handeln können, die eine hohe Opferbereitschaft vom einzelnen fordern. Auf diese Weise wird langsam eine profilierte gewaltfreie Alternative zu den militant-gewaltsamen Gruppierungen aufgebaut werden müssen. Solange die gewaltfreie Aktion nur theoretisch eine Alter-

native zu den gegenwärtigen Formen des außerparlamentarischen Protestes ist, bleibt sie praktisch bedeutungslos und ist kaum mehr als ein Alibi für Liberale, die es nicht wagen, sich mit den Herrschenden auf einen Konflikt einzulassen.

Nur wenn die gewaltfreie Alternative sich in Gruppen darstellt, die „militant-gewaltfrei“ handeln,⁶⁷⁾ kann sie die militant-gewaltsamen Gruppen oder die bislang mit diesen Sympa-

thisierenden überzeugen. Solche militant-gewaltfreien Kader gibt es zur Zeit erst in sehr kleinen Gruppen⁶⁸⁾; potentiell sind sie jedoch in den politisch aktiven Gruppierungen der evangelischen und katholischen Kirche, einigen Freikirchen und pazifistischen Organisationen vorhanden, weil hier die Ablehnung der Gewalt und die Unterscheidung zwischen System und Person nicht nur vordergründig pragmatisch, sondern religiös und theoretisch fundiert ist.

Direkte Aktion in der Konsumgesellschaft

Die Orientierung westdeutscher Jugendlicher an dem „halbnackten Fakir“ Gandhi, von dem Winston Churchill 1931 verächtlich gesprochen hatte⁶⁹⁾, scheint heute fast noch absurder zu sein als in den dreißiger Jahren; er scheint überhaupt nicht in die moderne Industrielandschaft und Konsumgesellschaft zu passen.

Läßt sich sein Modell des genossenschaftlichen Ashrams sinngemäß auf die moderne Industriegesellschaft übertragen?

Eines ist zunächst zweifelsfrei: Gandhi würde noch viel schärfer als Vance Packard⁷⁰⁾ oder die Zeitschrift „DM“ die Hintergründe des planmäßigen psychologischen „Veraltens“ und des gleichfalls planmäßigen frühzeitigen Ausfallens von Konsumgütern bloßstellen. Er würde zu einem massiven Boykott nicht-lebensnotwendiger Güter aufrufen, wie er dies in Indien für Alkohol und Nikotin schon kompromißlos getan hatte.

Gandhi würde aber sicher noch einen Schritt weitergehen: Er würde für Investitionen auf dem Sektor der Sozialleistungen eintreten, die den Bedürfnissen der Menschen entsprechen und die nicht schon wieder eine „Vergeudung“ in sich darstellen. Danilo Dolci hat in West-Sizilien im Sinne Gandhis solche staatlichen Fehlplanungen und Versäumnisse aufzudecken gewußt⁷¹⁾. Ausbau der Sozialleistungen als

Vorstufe von „Sarvodaya“ würde bedeuten: Förderung von Erziehung und Unterricht, Ausbau der Straßen und Verkehrsmittel, Beseitigung der „Unwirtlichkeit unserer Städte“⁷²⁾.

In der parlamentarischen Demokratie kann der Bürger eine Verschiebung des Schwergewichts der Investitionen vom Konsum- auf den Sozialleistungssektor auf einem direkten und auf einem indirekten Weg vornehmen. Er kann indirekt etwas zu ändern suchen, indem er auf gut Glück eine von mehreren Parteien wählt, oder er kann direkt von seinem (Aus-)Wahlrecht als Konsument Gebrauch machen. Es mag zwar „geheime Verführer“ geben⁷³⁾, aber damit ist der freie Markt auch am Ende seiner Künste: Ein Staat kann noch so gewaltsam sein, er kann seine Bürger nicht zum Konsum zwingen.

Weigert der Bürger sich als Christ, vor Weihnachten oder Ostern für die Hälfte oder ein Viertel seines Monatsgehältes Geschenke zu kaufen, und investiert er diese Gelder über „Adveniat“ oder „Brot für die Welt“ in die Entwicklungshilfe, so trifft er damit ein Wirtschaftssystem, das die private Profitmaximierung als Grundgesetz hat, empfindlich. Der stockende Absatz zwingt die Regierung, die eine Arbeitslosigkeit vermeiden muß, zu planenden Eingriffen in die „freie Marktwirtschaft“ und fast unvermeidlich auch zu Investitionen auf dem Dienstleistungssektor. Sie kann die Wirtschaft wieder beleben, indem sie Schulen und Forschungsinstitute baut, die erforderliche Anzahl von Lehrern und Universitätsdozenten und so viel Polizeibeamte einstellt, die für einen echten Dienst am Bürger erforder-

⁶⁷⁾ M. L. King sprach in seinen letzten Reden von „militant nonviolent action“.

⁶⁸⁾ Rainer Herrberg und Hans-Michael Meyer, Ausbildung in gewaltfreier Aktion, „Junge Kirche“, 29. Jg., Nr. 7, Juli 1968, S. 435—439 (Bericht über Arbeitstreffen im Freundschaftsheim in Bückeberg).

⁶⁹⁾ Louis Fischer, Das Leben des Mahatma Gandhi, München 1951, S. 290.

⁷⁰⁾ Vgl. Vance Packard, Die große Verschwendung, Frankfurt 1964.

⁷¹⁾ D. Dolci, Vergeudung. Bericht über die Vergeudung im westlichen Sizilien, Zürich 1962.

⁷²⁾ Vgl. Alexander Mitscherlich, Die Unwirtlichkeit unserer Städte, Frankfurt 1965.

⁷³⁾ Vance Packard, Die Geheimen Verführer. Der Griff nach dem Unbewußten in Jedermann, Berlin.

lich sind. Es gibt auf dem Dienstleistungssektor — selbst ohne die unumgängliche Entwicklungshilfe — ungeheuerliche Aufgaben: moderne, für die Resozialisierung geeignete Gefängnisse, einen umfassenden Gesundheitsdienst durch moderne Krankenhäuser, Kindergärten und Altenheime.

Die Erkenntnis, daß man die Regierung, wenn nicht an der Urne, so doch an der Kasse treffen könne, haben sich nicht nur die Inder um Gandhi mit dem Boykott englischer Baumwolltuche, sondern in jüngster Zeit auch die Neger in den USA und Südafrika zunutze gemacht. In den Südstaaten und in den Gettos des Nordens boykottierten die Neger bestimmte Firmen, um sie zu einer Aufhebung der Rassenschranken bei der Bedienung oder zur Einstellung einer angemessenen Anzahl von Farbigen zu zwingen. In Birmingham war im Jahre 1963 der Boykott der Geschäfte in der Innenstadt für die Kampfkraft der Neger vielleicht sogar noch wichtiger als die spektakulären Proteste in den Straßen. Als Martin Luther King 1965 in Chicago mit Massendemarschen keinen sozialen Wandel erzielen konnte, gelang es ihm und den Pfarrern von Chicago schließlich doch noch durch die „Aktion Brotkorb“, eine selektive Boykottbewegung, mehrere weiße Firmen zu veranlassen, Farbige einzustellen⁷⁴⁾. In Südafrika, wo nach dem Massaker von Sharpeville die afrikanischen Parteien keinen zivilen Ungehorsam mehr zu leisten wagten, führte ein zweimonatiger Boykott von Kartoffeln, die in Südafrika auf „Gefängnisfarmen“ erzeugt werden, zu einer eindrucksvollen Solidarisierung der unterdrückten Neger⁷⁵⁾.

In den westeuropäischen Konsumgesellschaften hätte ein Boykott mit der Umfunktionierung vom profitablen Konsum in notwendige Sozialleistungen ein viel weitreichenderes Ziel als bei den Indern oder den Negern, und er wäre auch entsprechend schwerer zu organisieren. Einen sehr günstigen Ansatzpunkt würde aber wahrscheinlich eine langfristig vorbereitete Kampagne „Christliche Weihnacht“ bieten, deren Konsumverzicht unmittelbar der Entwicklungshilfe zugute käme. Je sorgfältiger und umfassender die Kampagne vorbereitet wäre, desto überflüssiger wären spektakuläre Aktionen in den Straßen kurz vor Weihnachten. In Schweden wurde 1968 eine solche Kampagne improvisiert; die dortigen Störungen in Kaufhäusern waren Mätzchen, welche die Käufer gegen die Demonstranten in Harnisch brachten; und per Saldo haben sie nicht zu Buche geschlagen⁷⁶⁾. Höfliche, flugblätterverteilende Boykottposten sind nach den amerikanischen Erfahrungen von Birmingham aus dem Jahre 1963 viel erfolgversprechender⁷⁷⁾. Die Regierungen haben allerdings eine Möglichkeit, sich der Abstimmung des Bürgers an der Kasse statt an der Urne zu entziehen. Die größte aller Verschwendungsmöglichkeiten, die mit einem am privaten Profit orientierten System durchaus konform geht, ist die militärische Rüstung⁷⁸⁾. Wenn Gandhis Gesellschaft des „Sarvodaya“ sich nach außen und innen militärisch sichern wollte, wäre sie in sich widersprüchlich. Gandhis Verteidigungskonzept ist darum der entscheidende Schlußstein in seinem Gebäude einer gewaltfreien, sozialen Demokratie.

Gewaltfreier Widerstand als Alternative zur militärischen Verteidigung

Die Unsicherheit der europäischen Pazifisten vor dem Problem, wie sie Gandhis Kampftechniken für ihre Ziele einsetzen könnten, erklärt sich nicht zuletzt auch daraus, daß sich Gandhi darüber lange selbst nicht im klaren war. Bis in die Mitte der dreißiger Jahre gab die Weltlage Gandhi noch keinen direkten Anlaß, über die Verwendbarkeit seiner Kampftechniken gegen eine auswärtige Aggressionsmacht oder

einen innerstaatlichen Putschversuch nachzudenken (den Kapp-Putsch und den Ruhrkampf hat Gandhi nie kommentiert).

Die innerstaatliche Unterdrückung und die Expansionsbestrebungen des italienischen Faschismus und des deutschen Nationalsozialismus zwangen ihn jedoch, seine zunächst traditionell-pazifistische Friedenskonzeption durch

⁷⁴⁾ Rüdiger Reitz, Die Rolle des Pfarrers in der Bürgerrechtsbewegung in: Th. Ebert und H.-J. Benedict, Macht von unten, a. a. O., S. 54—56.

⁷⁵⁾ Vgl. Th. Ebert, Gewaltfreier Aufstand, S. 202 bis 204.

⁷⁶⁾ Der Spiegel, Nr. 52, 23. 12. 1968, S. 112.

⁷⁷⁾ Th. Ebert, Gewaltfreier Aufstand, S. 206—207.

⁷⁸⁾ S. Fritz Vilmar, Rüstung und Abrüstung im Spätkapitalismus. Eine sozioökonomische Analyse des Militarismus in unserer Gesellschaft, Frankfurt 1967³.

eine neuartige Konzeption der Kriegführung zu ergänzen. Im Oktober 1935 näherte sich Gandhi anlässlich der italienischen Invasion in Äthiopien zum ersten Mal einer gewaltfreien Verteidigungspolitik, als er den Äthiopiern empfahl, nicht den Völkerbund um eine bewaffnete Intervention zu bitten, sondern den Invasoren die Zusammenarbeit zu verweigern ⁷⁹⁾.

Im Mai 1938 hat Gandhi dann seine damals sich erst entwickelnden Vorstellungen näher ausgeführt, als er gefragt wurde, ob er den pazifistischen Standpunkt teile, daß „die Italiener sich geschämt und ihre Pläne aufgegeben hätten, wenn Abessinien einfach auf jeglichen Widerstand verzichtet und Italien zu allen Schandtaten freie Hand gegeben hätte“ ⁸⁰⁾. In seiner Antwort grenzte Gandhi nun seine Konzeption ganz deutlich von dem pazifistischen Widerstandsverzicht ab. „Ich glaube an den Krieg, aber an den Krieg ohne jede Spur von Gewalt.“ ⁸¹⁾ Vom tapferen gewaltfreien Widerstand versprach er sich Erfolg angesichts auswärtiger Bedrohungen. „Wenn Mussolini auf eine ruhige, würdige und gewaltfreie Mißachtung seiner Anordnungen gestoßen wäre, ... dann wäre er sicherlich gezwungen gewesen, sich zurückzuziehen.“ ⁸²⁾

In den Jahren 1938 bis 1940 wiederholte Gandhi seine Aufforderung, einer nun von Hitler-Deutschland her drohenden Invasion nicht mit Waffen, sondern ausschließlich mit gewaltfreien Widerstandsmethoden zu begegnen, noch mehrfach. Nach dem Münchner Abkommen (30. September 1938) und noch vor der vollständigen Besetzung der Tschechoslowakei durch Deutschland empfahl Gandhi, sich gewaltfreier Widerstandstechniken zu bedienen. Im Unterschied zu den englischen und französischen Pazifisten glaubte er nicht an den Erfolg der Appeasement-Politik. „Die Tschechoslowakei hat mir und uns in Indien eine Lehre zu erteilen. Die Tschechen haben nichts anderes tun können, nachdem sie sich von ihren beiden mächtigen Verbündeten verlassen sahen. Und doch wage ich die Behauptung, wenn die Tschechen den gewaltfreien Widerstand als Waffe zur Verteidigung ihrer nationalen Ehre anzuwenden gewußt hätten, wäre es ihnen möglich gewesen, der geballten Kraft Deutsch-

lands und Italiens zu begegnen. Sie hätten es England und Frankreich erspart, demütig um einen Frieden nachzusuchen, der gar kein Friede ist.“ ⁸³⁾

Den gleichen Vorschlag einer gewaltfreien Verteidigungspolitik machte Gandhi den Engländern sogar noch im Juli 1940: „Ich fordere Euch auf, den Nazismus ohne Waffen zu bekämpfen, oder, wenn ich die militärische Terminologie beibehalten soll, mit gewaltfreien Waffen.“ ⁸⁴⁾

Diese Aufrufe blieben wirkungslos. Es gibt dafür mehrere Gründe, die erkannt werden mußten, bevor eine wirklichkeitsnahe Konzeption der gewaltfreien Verteidigung entwickelt werden konnte.

Die Aufrufe kamen nicht von seiten der Regierung oder eines großen Verbandes, sondern von einem landfremden Außenseiter. Sie kamen auch so spät, daß zur Vorbereitung des Widerstands keine Zeit blieb. Gandhi, dem das Verständnis für die Unterschiede zwischen dem englischen Kolonialregime und totalitären Herrschaftsformen abging, versäumte es ferner, seiner allgemeinen Aufforderung zur gewaltfreien Verteidigung auch die konkreten, detaillierten Widerstandsvorschläge beizugeben, mit denen er in Südafrika und Indien auch diejenigen überzeugt hatte, die seiner politischen Doktrin skeptisch gegenüberstanden. Aus einigen skizzenhaften strategischen Andeutungen läßt sich sogar schließen, daß Gandhi gedanklich noch nicht scharf genug die gewaltfreie soziale von der territorialen Verteidigung unterschied, und nicht soziale Institutionen, sondern die territorialen Grenzen mit Hilfe des lebenden Walles einer „Friedensarmee“ verteidigen wollte. Schließlich hat sich Gandhi mit seinen allgemeinen Ratschlägen zu wenig um die sozialen Strukturen gekümmert, welche die Basis der „sozialen Verteidigung“ zu bilden haben. Er gab agrarischen Entwicklungsländern und Industriegesellschaften, sozialen Demokratien und autoritären Regimen untereinander austauschbare Verteidigungsratschläge.

Durch seine allgemeinen Aufforderungen zur sozialen Verteidigung und durch den Anschauungsunterricht seiner Kampagnen gab Gandhi

⁷⁹⁾ The Greatest Force, „Harijan“ 12. 10. 1935, in: M. K. Gandhi, Non-violence in Peace and War, Vol. I, a. a. O., S. 120.

⁸⁰⁾ More Posers, „Harijan“ 14. 5. 1938, in: M. K. Gandhi, Non-violence in Peace and War, Vol. I, S. 153.

⁸¹⁾ A. a. O., S. 154.

⁸²⁾ A. a. O., S. 153.

⁸³⁾ Logical Consequence, „Harijan“ 8. 10. 1938, in: M. K. Gandhi, Non-violence in Peace and War, Vol. I, S. 159.

⁸⁴⁾ To Every Briton, „Harijan“ 6. 7. 1940, in: M. K. Gandhi, Non-violence in Peace and War, Vol. I, S. 297.

jedoch die weiterführenden Denkanstöße, welche von dem praktisch viel aufschlußreicheren Widerstand gegen den Kapp-Putsch und Ruhrkampf nicht ausgegangen waren.

Es ist nicht möglich, die vielfältigen Versuche von Pazifisten⁸⁵⁾, den Entwurf Gandhis zu konkretisieren, hier zu erörtern. Bedeutsamer als diese verstreuten Zeitschriftenartikel und Broschüren war, daß im Jahre 1957 ein höherer englischer Offizier diese Ideen aufgriff. Commander Sir Stephen King-Hall war bis 1929 bei der Marine in der Spionageabwehr tätig gewesen und hatte sich seitdem als Parlamentarier und BBC-Kommentator Ansehen erworben. In seinem aufsehenerregenden Buch „Defence in the Nuclear Age“⁸⁶⁾ schlug er nach einer Analyse der militärischen Verteidigungsmöglichkeiten Englands die einseitige Abrüstung und die Umstellung der Verteidigung auf gewaltlose Widerstandsformen vor; dies sollte nach Möglichkeit im Rahmen einer neuen gewaltlosen europäischen Verteidigungsgemeinschaft geschehen.

King-Hall hatte mit seinem Buch die Forschung nur anregen wollen. Sein Vorschlag, eine Royal Commission zur Erarbeitung eines Gutachtens einzusetzen, wurde von der Regierung jedoch nicht aufgegriffen. King-Hall war es gelungen, die Konzeption der sozialen Verteidigung unter Sozialwissenschaftlern „hoffähig“ zu machen, aber die Erarbeitung einer weniger flott skizzierten, dafür aber soziologisch, politologisch, volkswirtschaftlich und psychologisch besser begründeten Konzeption wurde von diesen Wissenschaftlern doch sogleich auch als so vielseitige und langwierige Aufgabe erkannt, daß es jahrelang niemand unternahm, sie ernsthaft aufzugreifen.

In den Jahren 1958 bis 1963 wurden zwar von norwegischen⁸⁷⁾, amerikanischen⁸⁸⁾, engli-

schen⁸⁹⁾ und deutschen⁹⁰⁾ Sozialwissenschaftlern eine Reihe in die Problematik einführende Aufsätze geschrieben, aber dies waren mehr Hinweise auf die Bedeutung dieses Forschungsgegenstandes als in der Konkretisierung der Konzeption weiterführende Beiträge. Um diese Stagnation zu überwinden, trafen sich im September 1964 etwa 25 Spezialisten auf diesem Forschungsgebiet im St. Hilda College in Oxford, England. Neben den meist jüngeren Soziologen, Historikern und Politologen nahmen auch einige bekannte Strategiewissenschaftler, Totalitarismusforscher und erfahrene norwegische Widerstandskämpfer an der Konferenz teil.

Capt. B. H. Liddell Hart, Lehrmeister der „indirekten Strategie“⁹¹⁾, verglich die Erfahrungen gewaltsamer und gewaltloser Widerstandsaktionen gegen die deutsche Besatzungsmacht miteinander, und unter Berufung auf seine Gespräche mit deutschen Generalen sprach er letzteren die größere Wirksamkeit und die geringeren Verluste zu. Lord Chalfont, derzeitiger Europaminister der Labour-Regierung und damaliger Militärkorrespondent der Times, zeigte die verschiedenen Formen gewaltsamer Aggressionen auf, denen sich die soziale Verteidigung gewachsen zeigen muß. Major D. J. Goodspeed, der im Auftrag des kanadischen Generalstabs an der Konferenz teilnahm, erörterte auf Grund seiner detaillierten Kenntnisse des Kapp-Putsches⁹²⁾ die Möglichkeiten des gewaltlosen Widerstandes gegen Staatsstriche.

Die Forschungen der Oxforder Konferenz⁹³⁾ wurden in der Bundesrepublik von der Vereinigung deutscher Wissenschaftler im Januar 1966 aufgegriffen⁹⁴⁾ und in einer weiteren

⁸⁹⁾ Ralph G. Bell, *Alternative to War*, London: James Clarke, 1959.

⁹⁰⁾ Gustav Heckmann, *Der nichtverletzende Widerstand. Auf der Suche nach einer Alternative zur militärischen Verteidigung*, „Frankfurter Hefte“, Nr. 12, Dez. 1962, S. 805—824.

⁹¹⁾ B. H. Liddell Hart, *Strategy. The Indirect Approach*, London 1955 (dt. *Strategie*, Wiesbaden o. J.).

⁹²⁾ D. J. Goodspeed, *Verschöpfung und Umsturz. Der Staatsstreich im 20. Jahrhundert*, München 1963.

⁹³⁾ Die wichtigsten Arbeitspapiere sind neben einer Reihe von Fallstudien zu finden in: A. Roberts, ed., *The Strategy of Civilian Defence. Non-violent Resistance to Aggression*, London 1967.

⁹⁴⁾ K. Gottstein, Hrsg., *Wissenschaftliches Kolloquium über Fragen des Übergangs in die Weltordnung des Atomzeitalters*, München 8./9. Jan. 1966 (Tagungsbericht veröffentlicht im Bertelsmann-Verlag, Gütersloh).

Fachtagung im September 1967 fortgeführt⁹⁵⁾. Der improvisierte zivile Widerstand der tschechoslowakischen Regierung und Bevölkerung nach dem 21. August 1968 weckte dann zum ersten Mal das Interesse einer breiten Öffentlichkeit an der „Sozialen Verteidigung“,⁹⁶⁾ die nicht länger Grenzen und Territorien, sondern soziale Institutionen verteidigt. Obwohl das Anwachsen der Zahl der Kriegsdienstverweigerer nicht auf die Entwicklung dieses Verteidigungskonzeptes zurückgeht, hat es doch auch in diesem Zusammenhang verstärkte Beachtung gefunden⁹⁷⁾.

Die verstärkte Beachtung von Gandhis Verteidigungskonzeption und das Anwachsen der Zahl der Kriegsdienstverweigerer sollte nicht als zufällige und vorübergehende Modeerscheinung abgetan werden. Es sind einige materielle und geistige Entwicklungstendenzen festzustellen, welche der tschechoslowakischen Form der gewaltlosen Verteidigung gegen einen Aggressor Modellcharakter geben.

Die Entwicklung der Technik hat für die Entwicklung der militärischen Verteidigungskonzeptionen eine Reihe von gravierenden Nachteilen gebracht:

a) Die Maximierung der Zerstörungskraft moderner Waffensysteme führt in nuklearen und konventionellen Kriegen zu Kosten, die sie absolut irrational machen.

b) Die Verteidigungsmaßnahmen sind im Kriegsfall unfähig, die Zivilbevölkerung vor den Kriegsauswirkungen zu schützen; es ist sogar anzunehmen, daß die Verluste unter der Zivilbevölkerung größer sein werden als unter den Soldaten.

c) Es gibt praktisch keine Verteidigung von Grenzen mehr; die modernen Trägerwaffen und motorisierten Verbände haben nach Ansicht von John Herz den Territorialstaaten ihre harte Schale genommen⁹⁸⁾.

⁹⁵⁾ Vereinigung Deutscher Wissenschaftler, Wissenschaftliche Arbeitstagung über Civilian Defence. Voraussetzungen und Möglichkeiten. Ein neuer Weg zu Abrüstung und Sicherheit?, München 16. bis 17. Sept. 1967 (erscheint im Frühjahr 1969 in Gütersloh).

⁹⁶⁾ Siehe den Bericht über die Civilian Defence-Tagung der VDW in „Der Spiegel“, 22. Jg., Nr. 37, 9. 9. 1968, S. 36—49 (mit einem längeren Auszug aus dem Tagungsbericht über „das Planspiel eines DDR-Einmarsches in eine waffenlose Bundesrepublik“).

⁹⁷⁾ S. Karl-Heinz Janßen, Angriff auf die Kasernen. Das Problem der Kriegsdienstverweigerung, „Die Zeit“ 28. 2. 1969, S. 6—7.

⁹⁸⁾ J. Herz, Weltpolitik im Atomzeitalter, Stuttgart 1961, S. 57—64.

d) Die enormen Kosten moderner Waffensysteme zwingen kleinere Staaten zur Einschränkung oder zur Aufgabe ihrer Souveränität; sie sind gezwungen, sich in die Abhängigkeit von einer Supermacht zu begeben.

Angesichts dieser Entwicklung gewinnt Gandhis konkrete Utopie der gewaltlosen Verteidigung den Charakter des historisch Notwendigen. Es drängt sich die Frage auf, ob die potentiellen Kriegsoffer nicht drastisch zu reduzieren wären durch eine Umstellung auf den zivilen Widerstand, ob man die geschichtlich überholte Trennung zwischen Kombattanten und Nichtkombattanten nicht bewußt aufgeben sollte, ob man statt Territorien nicht von vornherein nur soziale Strukturen verteidigen und nach einer Verteidigungskonzeption suchen sollte, welche souveränes Handeln auch kleineren Staaten wieder ermöglichen würde.

Für diese neue Form der zivilen, gewaltfreien und sozialen Verteidigung sprechen auch eine Reihe weiterer Entwicklungen in der industriellen Produktion im 20. Jahrhundert:

a) Die industrielle Spezialisierung und der Ausbau der Bürokratie haben dazu geführt, daß die Inhaber bestimmter Positionen nicht einfach liquidiert und ersetzt werden können. Unter diesen Voraussetzungen wird die Nichtzusammenarbeit beziehungsweise die „dynamische Weiterarbeit ohne Kollaboration“⁹⁹⁾ zur wirksamen Waffe.

b) Die Entwicklung der Nachrichtentechnik hat die Voraussetzungen für einen koordinierten Widerstand auf Massenbasis geschaffen¹⁰⁰⁾.

Auf dem Felde des menschlichen Bewußtseins hat sich die Vorstellung der Gleichheit aller Menschen, die Idee der Volkssouveränität und der „einen Welt“ so weit durchgesetzt, daß keine Regierung mehr hemmungslos diskriminieren, auf eine plebiszitäre Legitimation und die Rücksichtnahme auf internationale Institutionen völlig verzichten kann. Schließlich bildet sich bei der Jugend ein antiautoritäres Bewußtsein heraus, das einen hierarchisch strukturierten Militärapparat und eine ihn ergänzende Notstandsgesetzgebung als Fremdkörper in einer demokratischen Gesellschaft empfindet.

⁹⁹⁾ S. Th. Ebert, Soziale Verteidigung — Alternative zur „Vorwärtsverteidigung“? Ein Forschungsbericht, „Gewerkschaftliche Monatshefte“, Köln, 18. Jg., H. 2, Febr. 1967, S. 79—80.

¹⁰⁰⁾ Hans-Peter Heck, Die Geheimsender sind schwer zu fassen, „Stuttgarter Zeitung“, 26. 8. 1968.

Mit dem Entstehen dieser neuen materiellen Bedingungen und Bewußtseinsinhalte ging schließlich — mit der üblichen Verzögerung — auch die Entwicklung der angemessenen gewaltfreien Kampftechniken und ihrer Strategie einher, die erst die maximale Nutzung der neuen sozialen Möglichkeiten angesichts der Kräfte der Beharrung ermöglicht. Gandhi gebührt das Verdienst, der wichtigste Pionier des „Kriegs ohne Gewalt“ gewesen zu sein ¹⁰¹⁾.

¹⁰¹⁾ Diese Interpretation von Gandhis Theorien wurde erstmals vorgefragt von Krishnalal Shridharani, *War without Violence. A Study of Gandhi's Method and its Accomplishments*, New York 1939.

Alles zusammengenommen scheint mir die Analyse der Entwicklungstrends der Produktivkräfte und der humanen Erwartungen den Schluß nahelegen, daß Gandhis Konzeption einer zivilen, gewaltfreien und sozialen Verteidigung und deren keineswegs zufällige, spontane Realisierung in der ČSSR ¹⁰²⁾ eine kopernikanische Wende in der Verteidigungs- und Sicherheitspolitik eingeleitet hat.

¹⁰²⁾ Th. Ebert, *Der zivile Widerstand in der Tschechoslowakei. Eine Analyse seiner Bedingungen und Kampftechniken*, „Europa Archiv“, 23. Jg., Nr. 23, 10. 12. 1968, S. 865—874.